

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Postkarte oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197.

Donnerstag, den 23. August 1917.

24. Jahrg.

## Die „Befreiung“ der russischen Grenzvölker.

Die von der Regierung anerkannte Friedensresolution des Reichstages schließt Annexionen aus. Nicht ganz sicher ist, ob nicht doch zu den Resultaten des Krieges die Gründung dreier selbständiger Staaten Polens, Kurlands und Litauens gehören kann. Wir bekennen uns mißfällig, wenn der Gedanke der „Befreiung“ der russischen Randvölker noch erwogen wird. Zwar haben wir nie dafür Propaganda gemacht, den Krieg solange fortzusetzen, bis Russisch-Polen, Litauen oder Kurland selbständig geworden sind, aber wir haben die Gründung derartiger Kleinstaaten doch als ein Ziel hingestellt, das nicht unter allen Umständen zu bekämpfen ist und just von unserem Standpunkte aus viel für sich hat.

Was uns dazu trieb, war der Zarismus. Der Druck, den Kerenskis Ministerium und die russische Bourgeoisie zurzeit auf das russische Volk ausüben vermögen, wird mit dem Kriege verschwinden. Während des Krieges sind geordnete Wahlen kaum möglich. Die provisorische Regierung hält sich durch die Zulage eines streng demokratischen Wahlsystems an der Macht. In Russland wird die Volksvertretung nur aus dem allgemeinen, geheimen und direkten Verhältniswahlsystem hervorgehen. Und alle mindestens 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts werden wahlberechtigt sein.

Die Friedensnote des Papstes hat unsere volle Unterstützung gefunden. Wir halten es für selbstverständlich, daß Reichstag und Regierung auf der Grundlage des päpstlichen Programms zum Friedensschluß bereit sein werden. Der Wortlaut der Note enthält nichts, was mit unseren Ideen über die Kriegsziele im Widerspruch steht. Der Papst tritt klipp und klar für „die Rückgabe der gegenseitig in diesem Augenblick besetzten Gebiete“ ein. Darin stimmen wir durchaus bei. Es fällt dabei aber auf, daß die päpstliche Note Belgien hervorhebt, aber auf Mesopotamien, Arabien, Kurland und Litauen nicht weiter zurückkommt. Von Polen meint der Papst, daß über die zum ehemaligen Königreich Polen gehörigen Gebiete im Geiste der Billigkeit und Gerechtigkeit entschieden werden sollte.

Eine fabelhafte Gelei würde es sein, wollte man dem englischen Imperialismus etwa den Triumph bereiten, die asiatische Türkei preiszugeben und dafür — von Englands Gnaden — die Verwandlung Russisch-Polens, Kurlands oder Litauens in einen Kleinstaat entgegenzunehmen.

Die Gründe, aus denen wir die sogenannte „Befreiung“ Kurlands, Litauens und Russisch-Polens früher nicht unbedingt ablehnten, lagen hauptsächlich darin, daß wir von der erbarmungslosen Schwächung Russlands den Zusammenbruch des Zarismus erwarteten, doch hat die russische Revolution den Thron der Romanows erledigt, ehe dem bisherigen Zarenreiche irgendwelche Friedensbedingungen auferlegt werden konnten.

Wenn der Krieg dadurch keine Stunde verzögert werden würde, so könnten wir uns noch heute mit der Gründung von drei demokratisch-republikanischen Staaten Russisch-Polen, Kurland und Litauen einverstanden erklären. Aber das ist leider graue Theorie. Ob ein demokratisches Polen, ein demokratisches Litauen und ein demokratisches Kurland trotz der vielen Bedenken, die selbst hier gegen sprechen, wünschenswert sind, ist eine theoretische Frage ohne praktische Bedeutung, weil die Mittelmächte, die gegebenenfalls den mit der Waffe in der Hand begründeten Staaten ihre Vorfassung vorschreiben würden, gar nicht daran denken würden, diese Verfassung so demokratisch zu gestalten, wie es die des russischen Reiches ist. Das ungefähr nach preußischem Vorbild den Polen aufgezwungene empörende Städteverordnetenwahlrecht zeigt, wohin die Reise geht.

Die Losreißung gewisser, nicht von Moskowitern bewohnten Gebiete vom russischen Reich würde unseres Erachtens keine Nachgedanken in Russland auslösen, wenn man den selbständig gewordenen Völkern eine ebenso demokratische Verfassung ließe, wie sie Russland selbst hat. Ihrer Sprache nach gehören die Polen, die Litauer, die Letten Kurlands nicht zu den Russen. Der wirtschaftliche Nachteil würde bei der ungeheuren Größe des russischen Reiches eher verwunden werden, als wenn man etwa Deutschland, Oesterreich oder Frankreich Gebiete nähme. Da man aber im neuen Polen, im neuen Kurland, im neuen Litauen weniger Demokratie haben würde, wie im neuen Russland, so hätte England es leicht, Russland unter der jetzt schon von der Entente beliebten Parole des Kampfes der Demokratie gegen die Autokratie zum „Befreiungskriege“ anzustacheln. Die wirtschaftliche Entwicklung von Kleinstaaten ist im kapitalistischen Zeitalter stets schwierig. Eine Erweiterung Polens über die Grenzen Russisch-Polens scheint uns vom Standpunkte Deutschlands aus völlig undisturbierbar. Jedemfalls würden Polen und Litauen reine Binnenstaaten sein, die nirgends an das Meer grenzen; sie wären für Einfuhr und Ausfuhr völlig auf den guten Willen ihrer Nachbarstaaten angewiesen; sie werden sicher nicht freiwillig das Joch der „Unabhängigkeit“ auf sich nehmen und ein großer Teil ihrer proletarischen Bevölkerung

ben. Auch die Arbeitsgelegenheit in Russland würde zurückgehen, wenn das russische Wirtschaftsgebiet durch Losreißung weiter Gebiete vermindert würde. Für das deutsche Wirtschaftsleben wäre die Zerstückelung der russischen Westgebiete sicher kein Gewinn, denn die Annexion, die ein namenloses Unglück für das Proletariat wäre, kommt nicht in Betracht. Unter diesen Umständen kommt der zweifelhafte Vorteil, daß Polen, Litauen und Letten nur Beamte und Richter, die ihre Sprache reden, und ein Parlament bekämen, in dem ihre Muttersprache geredet wird, nicht in Betracht.

Der strategische Vorteil für das Deutsche Reich wäre ganz unbedeutend. Für Polen wäre die Ausdehnung bis nach Danzig hin ein so gewaltiger Vorteil, daß die Gefahr besteht, daß Polen im Kriegsjahre Russland Heeresfolge gegen uns leisten würde. Auch den beiden anderen Staaten wäre zuzutrauen, daß sie sich auf die russische Seite schlagen würden. Nur wenn Russland erfahren würde, daß Polen, Kurland und Litauen mindestens neutral bleiben, würde die Gründung der drei Staaten friedenerhaltend wirken. Der Anreiz zum Kriege würde aber durch die Gründung undemokratischer Kleinstaaten an Russlands Westgrenze herab erhöht, daß wir vor russischer Angriffs nicht sicherer leben könnten, sondern im Gegenteil mit einem neuen Kriege gegen Russland rechnen müßten.

Eines der Kriegsziele Englands ist die Erhaltung der Feindschaft der europäischen Festlandsstaaten. Diesem Ziele käme England durch die Gründung der unglückseligen Binnenstaaten Polen und Litauen sowie des selbständigen Kurlands selbst dann näher, wenn die asiatische Türkei unangetastet bliebe.

England würde am liebsten die Verteilung der asiatischen Türkei unter die Ententestaaten sehen; wenn dieses Ziel aber nicht erreichbar ist, sünde es sich mit der Unschuldsmiene des für „die Befreiung der Nationen“ (nicht etwa der Iren, der Ägypter, der Perser und Indier) schwärmenden Wohltäters, auch mit der Gründung der Kleinstaaten Arabien, Syrien und Armenien ab, vielleicht auch eines winzigen Judenstaates in Palästina. Die Bewohner jener Gebiete mögen an die Urzeit denken, in der nach der alten Sage der Priester der kleinasiatischen Stadt Troja die Danaer fürchtete, „auch wenn sie Geschenke bringen“. Englands Kapitalisten sagen sich, daß die Furcht vor einem Ueberfall der Regierung mehrerer Kleinstaaten in Kleinasien zwingen würde, ihre Bestellungen bei der englischen Industrie zu machen, während die Türkei das deutsche Kapital und die deutschen Fabrikate hervorzuheben würde. Daher die Tränen der frommen Engländer über das Schicksal der Fremdstämmigen unter dem türkischen Joch! Wie Polen, Kurland, Litauen durch ihre Selbstständigkeit veröden würden, so auch Arabien, Armenien, Mesopotamien. Ueber die türkischen Zustände wird noch vieles zu sagen sein, aber die Kleinstaaterei würde das Wirtschaftsleben Kleinasiens so gut fesseln, wie das Osteuropas. Die Schwächung der Türkei würde England die Möglichkeit geben, die russischen Liberalen nach ein paar Jahrzehnten zu einem neuen Angriff zwecks Eroberung Konstantinopels zu ermutigen; in Verbindung mit der Erbitterung über die von Deutschland erzwungene Gründung Kurlands, Litauens, Polens wäre die Neuaufgabe des Weltkrieges fertig.

Der Schutz vor nationaler Unterdrückung in Oesterreich, in Ungarn, in Russland und in der Türkei, kurz, in allen sogenannten Nationalitätsstaaten — auch der Schutz der nationalen Minderheiten in Deutschland — muß durch eine weitgehende Selbstverwaltung jeder Nation erfolgen. Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Russland müssen demokratische Bundesstaaten werden, damit die Polen, die Litauer, die Letten, damit die Armenier, die Syrier, die Araber nicht unterdrückt werden können. Die „Befreiung der Nationen“ muß ohne die wirtschaftlichen Schäden durch die Kleinstaaterei erfolgen. Die ökonomische Wehrlosigkeit des selbständigen Binnenstaates, dessen Erbitterung der Funke im weltpolitischen Pulverfaß wurde, sollte den Völkern Europas zur Warnung dienen, damit sie nicht neue Kleinstaaten, noch dazu solche ohne Zutritt zum Weltmeer und ohne demokratische Garantien, ins Leben rufen lassen.

## Die auswärtige Politik des Reiches.

Im Hauptauschuß des Reichstages begann am Mittwoch die Aussprache über die auswärtige Politik des Reiches. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Hr. v. Kühnemann, gab zunächst eine kurze Einleitung. Er wies darauf hin, daß er unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen in sein neues Amt eingetreten sei; Verhältnisse, die durch den Krieg heraufbeschworen seien und über deren Bedeutung er sich durchaus klar sei. Seine Aufgabe werde es insbesondere sein, die Beziehungen zu unsern Verbündeten zu pflegen und alles zu tun, um das enge Band zwischen den Verbündeten zu erhalten. Ebenso aber läge er seine Aufgabe auch darin, den neutralen Staaten Rechnung zu tragen. So günstig wir militärisch auch dastehen, so dürften wir doch nie vergessen, daß die Politik nicht allein durch die Macht geleitet werden könne, sondern daß hierbei auch das Recht mitzureden müsse. Er werde daher auch stets volle Rücksicht auf das Recht nehmen. Endlich sei es seine Aufgabe, auch die kriegführenden Staaten richtig zu behandeln, und je nach den Umständen den richtigen Ton zu finden. Im eigenen Lande

betrachte er es als seine Pflicht, mit allen maßgebenden Kreisen Fühlung zu halten und ganz besonders ein enges Zusammenarbeiten mit dem Reichstage, der Vertretung des deutschen Volkes, zu erzielen. Er sei überzeugt, daß in der Kommission nicht ein einziger sei, der nicht dasselbe Ziel im Auge habe wie er: ein einiges, blühendes und starkes Deutschland zu erhalten. Für ein fruchtbringendes Zusammenarbeiten sei aber auch Vertrauen auf beiden Seiten nötig. Er hoffe, auch im Reichstage das Vertrauen zu seiner Sachkenntnis und zu seinem guten Willen zu finden. Da wir eintreten in das letzte Kriegsjahr — er sage nach reiflicher Ueberlegung ausdrücklich, in das letzte Kriegsjahr — könnten wir auch von der Hoffnung befreit sein, daß wir einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

Der Reichstagspräsident, Prinz Schönauich-Carolath (N.L.) sowie Abg. Kaumann (Sp.) richteten einige Fragen über unser Verhältnis zu einer Reihe von Staaten an den Reichstagspräsidenten. Abg. Kaumann ging besonders auf die Verhältnisse zu unsern Verbündeten ein, mit denen wir möglichst auch in enge wirtschaftliche Fühlung kommen sollten, und forderte, daß mit den wirtschaftlichen Einrichtungen im eigenen Lande vorgegangen werde. Das werde auch dem Auslande am besten zeigen, daß in Deutschland in der Tat die Demokratie nicht ohne Bedeutung sei. Insbesondere müßten die Verträge mit andern Staaten unter Zustimmung der Parlamente geschlossen werden.

Abg. Dr. David (Soz.) erinnerte an die Worte, die der Reichstagspräsident am Dienstag gesprochen habe, daß die Eroberungsziele der gegnerischen Regierungen einen ungünstigen Boden für den Beginn der Friedensverhandlungen darstellten. Wir rechnen aber nicht darauf, daß wir die Minister der feindlichen Staaten beeinflussen können, sondern wir müssen hoffen, daß ebenso wie bei uns, auch in den feindlichen Staaten die Friedensbewegung immer mehr erhalte. Hier gelte es einzugehen und in allen Ländern die Friedensbewegung so stark zu machen, daß endlich in Friedensverhandlungen eingetreten werden müsse. Diese Aufgabe habe auch die Friedensresolution des Reichstages gehabt, die am 19. Juli 1917 beschlossen worden sei. Sie habe denn auch in der Tat diese Wirkung gehabt, obgleich im eigenen Lande dagegen gearbeitet worden sei. Die Alldeutschen hätten mit allen Mitteln die Bedeutung der Friedensresolution heruntersinken versucht. Da sich brauche man dem keinen Wert beimessen, aber das Verhalten der Jenjur sei geeignet, den alldeutschen Bemühungen einen größeren Nachdruck zu geben. Während die Alldeutschen ihre unwahren und beschimpfenden Behauptungen verbreiten konnten, seien diejenigen, die im Sinne des Reichstagsbeschlusses wirkten, durch die Jenjur gehemmt worden. Die Rede von Scheidemann, über deren Beschlagnahme im Reichstage gesprochen worden sei, sei trotz des früheren Versprechens des Staatssekretärs Dr. Helfferich wieder von neuem beschlagnahmt und verboten worden. Ebenso hätte das Wollische Telegraphenbureau einen Bericht über die Reichstagsverhandlungen im Auslande verbreitet, der durchaus einseitig zugunsten der Gegner des Reichstagsbeschlusses zusammengestellt war. Die alldeutsche Hege gegen den vom Reichstag verlangten Verständigungsstrieben lebe geradezu von der Jenjur. Wenn die Reichsleitung wirklich glaube, den Befürwortern des Reichstagsbeschlusses Beschränkungen auferlegen zu müssen, dann sei es recht nicht zu rechtfertigen, daß die Jenjur den Alldeutschen in so weitem Maße Spielraum lasse, wie es jetzt geschehe. Der Reichstagspräsident habe in seiner Reichstagsrede seine Kriegsziele auseinandergesetzt und erklärt, daß er diese Ziele im Rahmen der Reichstagsresolution verfolgen könne. Gegen die damalige Abmachung aber habe der Reichstagspräsident hier die Worte hinzugefügt: „wie er die Reichstagsresolution aufasse“. Nach der Ansprache, die mit dem Reichstagspräsidenten in engerem Kreise erfolgt sei, könne keine Rede davon sein, daß der Reichstagspräsident diese Worte in hinterhältiger Absicht hinzugefügt habe. Die Lokalität des Reichstagspräsidenten sei damit außer Frage; aber die Alldeutschen haben behauptet, daß der Reichstagspräsident jene Bemerkung absichtlich gegen die Vereinbarung gemacht habe, um sich freie Hand im Widerspruch mit den Parteien zu verschaffen.

Graf Schwerin-Pöwitz, Abgeordneter und Vorsitzender des preuß. Abgeordnetenhauses, habe ausdrücklich öffentlich erklärt, daß der Reichstagspräsident absichtlich und in zweideutiger und hinterhältiger Weise jene Worte hinzugefügt habe. Jetzt sei es Sache des Reichstagspräsidenten, gegen diese Verdächtigung seine Ehre als Politiker zu schützen. Dann ging der Redner auf die Stellung der österreichischen Regierung ein, mit der ja unsere Regierung Hand in Hand arbeite und auch von dieser Stelle liegen Äußerungen vor, die sich durchaus mit dem Sinne des Reichstagsbeschlusses decken. Auf der anderen Seite löne aus den Worten der Minister der feindlichen Staaten die Angst vor Stockholm, die Furcht vor dem moralischen Druck heraus, denen die Sozialdemokraten ihres Landes ausgeübt seien, wenn sie mit den Vertretern der anderen Länder über einen Verständigungsfrieden unter reiflichem Verzicht auf alle Eroberungen verhandeln müßten. Auch er hoffe, daß das vierte Kriegsjahr das letzte sein werde; aber er wünsche auch, daß der Krieg beendet sei, lange bevor dieses vierte Kriegsjahr abgelaufen sei. Ganz besonders begrüßte der Redner die Erklärung des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, daß der Krieg nicht allein durch Macht, sondern vor allem durch Recht beendet werden müsse. In diesem Sinne mögen Reichstag und Regierung zusammenarbeiten. Der Staatssekretär habe das Vertrauen vom Reichstag verlangt; aber das Vertrauen könne kein Hindernis sein, sondern müsse aufgebaut werden auf enger Fühlung zwischen den Parteien. Das jetzige Verhältnis, bei dem der Reichstag viel zu wenig Einfluß auf die Reichsleitung habe, sei geradezu das Spieglein des gegenseitigen Mißtrauens. Hier müsse eine gründliche Hebung herbeigeführt werden. Die Reichsleitung müsse auch in Fragen der auswärtigen Politik in engerer Fühlung mit dem Reichstag stehen, und das sei nur erreichbar durch das parlamentarische System. Wir geben dem größten und gewaltigsten Völkervertrage entgegen, nämlich dem Friedensvertrage. Dieser dürfe kein Vertrag sein, der allein von den Staatsmännern geschaffen wird, sondern er müsse ein Volksvertrag werden. Bei der Kriegführung sei die Mitwirkung des Volkes unentbehrlich gewesen, ebenso müßte auch die Beendigung des Krieges in enger organisierter Fühlung mit dem Volke erfolgen.

Abg. Erzberger (Zentr.) ging auch ausführlich auf die Bemerkung des Staatssekretärs des Auswärtigen ein, daß der Frieden nicht allein durch Macht geschlossen werden könne, sondern

...

...

...

...

...

...

...

den auch durch das Recht. Er begrüßte diese Erklärung und stimmte ihr nachdrücklich zu. Er hoffe, daß diese Erklärung, die von dem leitenden Minister unter Zustimmung des Reichstages abgegeben wurde, auch im Auslande die nötige Beachtung findet. In Bezug auf den Zusatz, den der Reichstagspräsident am 19. Juli 1917 bezüglich des Reichstagsbeschlusses gemacht habe, müsse auch er erklären, daß es besser gewesen wäre, wenn der Reichstagspräsident diesen Zusatz nicht gemacht hätte. Auch für ihn komme der Vorwurf der Hinterhältigkeit nicht in Betracht; aber auch er müsse feststellen, daß die Alldeutschen sich aller Mittel bedient haben, um die Bedeutung des Reichstagsbeschlusses abzuschwächen. Ebenso sei die Militärverwaltung gegen den Reichstagsbeschluss aufgetreten. Es seien Fälle vorgekommen, wo in der Kaserne bei der Instruktion an die Soldaten Ausführungen gegen den Reichstagsbeschluss gemacht worden seien. Ebenso sei wieder in der letzten Zeit eine der schlimmsten alldeutschen Schreier am liebsten an einzelnen Stellen des Heeres verbreitet worden. In ähnlicher Weise wie gegen den Reichstagsbeschluss treten die Alldeutschen auch gegen die Friedensbewegung des Papstes auf. So habe der Abg. von Schwerin-Sömig behauptet, daß die Friedensbewegung des Papstes durch ihn (Erzberger) angezettelt worden sei. Er müsse erklären, daß dieser Behauptung nichts zugrunde liege, daß er der Friedensnote des Papstes in jeder Beziehung feindselig sei. Der Friedensbeschluss des Reichstages habe im In- und Ausland, soweit er habe beobachten können, durchaus günstig gewirkt. Die Friedensbewegung in allen Ländern sei offenbar durch ihn gefördert worden. Auf diesem Wege müßte der Reichstag mit aller Entschiedenheit weitergehen. Das werde auch am besten zeigen, daß der Reichstag und das deutsche Volk es ernst damit meinen, auf dem vom Reichstag angegebenen Wege zum Frieden zu gelangen. Redner ging dann auch auf das Verhalten des Reichstages im Zusammenhang mit dem Reichstagsbeschluss ein und forderte, wie der Vorredner, daß derartige Mißbräuche nicht mehr vorkommen dürfen.

Nach dem Zentrumsgesandten nahm der Reichstagsleiter Dr. Michaelis das Wort:

„Einer der Vorredner hat bemängelt, daß ich in meiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1917 bei der Bezugnahme auf die vom Reichstage vorgelegte Friedensresolution die Worte gebraucht habe: „Wie ich sie auffasse“. Ich erkenne ohne weiteres an, daß bei den Verhandlungen mit den Fraktionenführern ein solcher Zusatz von mir nicht ausdrücklich erwähnt worden ist, andererseits möchte ich feststellen, daß diese von mir gebrauchte Wendung materiell meiner Haltung zu der Resolution, wie ich sie in den erwähnten Vorverhandlungen zum Ausdruck gebracht habe, und wie sie aus den in meiner Reichstagsrede umschriebenen Friedenszielen hervorgeht, in keiner Weise widerspricht. Ueber die Ziele im einzelnen, die sich in den Friedensverhandlungen im Rahmen der Resolution werden erreichen lassen, sind Schattierungen der Auffassungen gewiß möglich, wie ich solche bei den Vorverhandlungen wahrgenommen zu haben glaube.“

Nach dieser Erklärung des Kanzlers traten die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Beratung zusammen, und die Ausführenden Verhandlungen wurden vorübergehend unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung nahm Reichstagsleiter Dr. Michaelis nochmals das Wort und führte aus:

„In meiner Erklärung vor der Pause hat ein Abweiser von meinen Darlegungen in der Rede vom 19. Juli nicht ausgeprochen werden sollen. Ich halte deren Inhalt anrecht. Daß ich auch die Absicht eines Abweisers nicht gehabt habe, geht aus der Tatsache hervor, daß ich bereits heute vormittag die Einladungen zu Besprechungen habe ergehen lassen, die die von mir als wünschenswert bezeichnete engere Fühlungnahme zwischen mir und dem Reichstag herstellen sollen, und zwar zunächst für die Verhandlungen über die Antwort, die der Karte auf die Friedensnote zu erteilen ist. Diese Antwort kann nur getragen werden von dem Streben nach einem Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, wie er in der Resolution des Reichstages vom 19. Juli seinen Ausdruck gefunden hat.“

Nach der Mittagspause gab Abg. Gen. Chert (Soz.) folgende Erklärung ab:

Die Vertreter der Parteien, die die Reichstagsklärung vom 19. Juli eingebracht haben, stellen fest: 1. In den Vorverhandlungen, die über die Resolution zwischen den Vertretern der beteiligten Parteien und dem Herrn Reichstagsleiter seinerzeit stattgefunden haben, konnte nach den ausgetauschten Erklärungen keine derselben annehmen, daß der Herr Reichstagsleiter sich nicht auf den Boden der Reichstagsklärung stellen wolle. 2. Die Bemerkungen des Herrn Reichstagsleiters, daß innerhalb der Mehrheitsvertreter tatsächliche Differenzen über die Auffassung der Resolution zutage getreten seien, ist anzuerkennen. Alle beteiligten Parteirepäsentanten waren über den zweideutigen Sinn und innerhalt ihrer Entschlüsse völlig einig.“

Abg. Ledebour (U. S.) läßt scharfe Kritik an einzelnen Fragen der auswärtigen Politik und verlangte vom Reichstagsleiter, daß er keine Kriegsspiele offen darlegen solle.

Abg. v. Weizsäcker (Konf.) erhob Einspruch gegen die Angriffe, die auf die Alldeutschen gemacht worden seien. Auch die Angriffe gegen seinen Parteifreund v. Schwerin-Sömig seien durchaus unbedeutend. Die Sozialdemokraten verlangten in übereinstimmendem Mächteausdruck, daß jedes Wort der Kritik des von ihnen vertretenen Friedens unterdrückt werde. Ledebour habe auch das Zentrum dabei mit. Der Reichstagsbeschluss vom 19. Juli habe durchaus schädlich gewirkt, im eigenen Lande sowohl als im Auslande. Wenn die Stimmung im Auslande für den Frieden günstiger werde, so sei dies nur auf den Erfolg unserer Truppen zu Wasser und zu Lande zurückzuführen. Von diesem Erfolge allein ermatte er einen kriegsreichen Frieden.

Von einem Redner der Deutschen Fraktion wurde die Reichstagsklärung als gut bezeichnet. Sie werde die Plattform abgeben, auf der wir zum Frieden kommen. Auch dem inneren Frieden werde sie dienen.

Unterstaatssekretär Graf v. Sittum aus dem Auswärtigen Amt wiederholte gegenüber dem Redner der unabhängigen Sozialdemokraten das Dementi über den Potsdamer Kronrat. Das Dementi flamme nicht an Marie, sondern alle Behauptungen über den Kronrat seien frei erdacht.

Hierauf verlas er die weiteren Beratungen am Donnerstag vormittag.

## Ein schwerer Kampftag.

In Westen war am 21. August die Kampftätigkeit an einer großen Anzahl von Frontabschnitten außerordentlich reg.

An den Brennpunkten der flandrischen Front kam es zu heftigen Artilleriekämpfen. Besonders schwer lag das Feuer an der Küste von Blankart-See bis zur Deule und im Raume von Ypern. Der Gegner feuerte häufig Nebelgeschosse. Am Morgen wiederholte ein feindlicher Artillerieangriff in der Gegend von Hellebelle, der teils in unserem Feuer, teils in Nebelkämpfen abgewiesen wurde. Eine gegen 3 Uhr nachmittags im gleichen Abschnitt vorrückende starke feindliche Patrouille wurde ebenfalls zurückgeworfen. Auf weite Entfernung geschätzte Tanks wurden unter wirksamem Feuer gezwungen.

Am Nachmittag wurde die Bajonettschlacht von Opden ohne jeden Erfolg von einem feindlichen Monitor befohlen, den unser Feuer rasch zerstörte.

An der Arrasfront kam es am Morgen des 21. weßlich der Kolonie St. Auguste bis zur Straße Dievinsens zu heftigen erbitterten Kämpfen mit vom Gegner unterstützten englischen Kräften. Um 11 Uhr vormittags erzwangen die Engländer mit abermals rasch heranzustürzenden

neuen Kräften bei andauernder stärkster Artillerieunterstützung ihre Angriffe. Nach hin- und herwogenden Kämpfen von großer Wildheit wurden dem Gegner seine Anfangserfolge bis auf ein am Nordwestrand von Lens entstandenes kleines Engländereck wieder entrissen. Die Engländer setzten ihre fruchtlosen Angriffe bis tief in die Nacht hinein fort. Das feindliche Feuer flaute nachts ab, um sich von 6 Uhr morgens an wieder zu großer Heftigkeit zu steigern.

Im Raume von St. Quentin verliefen verschiedene Kämpfe mit starken feindlichen Stoßtruppen und Patrouillen für uns erfolgreich. Starke feindliche Kavallerie auf der Straße Jeancourt-Bernes wurde unter Feuer genommen und zerprengt. — An der Aisne-Front, bei Reims und in der Champagne war die feindliche Feuerartillerie zeitweilig erheblich. Ein feindlicher Fesselballon bei Mernelom-les-Petit wurde zum Abschuss gebracht.

Im Raume von Verdun verjuchten die Franzosen unter schonungslosem Einsatz frischer Divisionen ihre geringen Anfangserfolge des Vortages auszubauen und zu erweitern. In einer Reihe von Brennpunkten warfen sie ihre Sturmtruppen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein in ungezählten Angriffen gegen den Gürtel der deutschen Hauptstellungen vor.

Verschwindende örtliche Erfolge bezahlten sie aber mit den schwersten Blutopfern. Nach eingehenden Meldungen überrufen die Verluste der Franzosen in den beiden Kampftagen an verschiedenen Stellen selbst jene, die sie in der Aisne-Schlacht erlitten. Am Vormittag vermochten die Franzosen an der östlich von Balde von Avocourt liegenden Höhe und dem Südtail des zerstörten Dorfes Samogneux erst Fuß zu fassen, nachdem eine Reihe ihrer Sturmtruppen im deutschen Feuer liegen geblieben war. Auf beiden Seiten wurde mit größter Wildheit gerungen. Am Nachmittag schwall das starke ununterbrochene Artilleriefeuer erneut zu wilden Feuerstürmen und Feuerorkanen an. Die Franzosen spannten alle Kräfte an, um die Höhe 304 aus dem deutschen Verteidigungsgürtel herauszubringen. Von Südwesten, Süden und Osten waren sie Wellen um Wellen gegen die Höhe vor. Welle um Welle wurde zusammengebrochen. Die Höhe blieb fest in deutscher Hand. Mehrere Verluste feindlicher Stoßtruppen, gegen Tages vorzustößen, scheiterten blutig im Artilleriefeuer. Deßhalb der Maas wurden am Nachmittag alle französischen Angriffe gegen unsere Linien von unseren tapferen Verteidigern abge schlagen. Bei diesen Angriffen blieben ganze französische Sturmhaufen im Feuer liegen. Die französischen Verluste in diesen Abschnitten sind ganz außerordentlich. Auch nächtliche Angriffe der Franzosen wurden in erbitterten Nahkämpfen, teilweise schon im Feuer, blutig abgewiesen.

An der Ostfront brachen russische Angriffe südlich des Protustales unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Dasselbe Schicksal erlitten drei feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem D. Cosna, nördlich von Groccetti, ebenfalls vier heftige Stürme gegen die Höhe 895, südlich von Soveja.

### Die Heresberichte.

Berlin, 22. August, abends. (Amtlich.)

In Flandern haben sich die heute früh einsetzenden englischen Angriffe östlich von Ypern auf eine Front von 15 Kilometern ausgebreitet. Sie sind unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert.

Vor Verdun ruhte bisher der Infanteriekampf; das Feuer blieb östlich der Maas fast.

Bombenangriffe unserer Fliegergeschwader gegen besetzte Orte an der englischen Küste waren erfolgreich.

In Osten nichts Wesentliches.

Wien, 22. August. (Amtlich.)

### Deutscher Kriegsjahraplag.

Bei Soveja und Dena und weßlich von Stalla unternahm der Feind starke, aber vergebliche Angriffe. Sonst nichts von Belang zu melden.

### Italienischer Kriegsjahraplag.

Der 21. August ist in der Geschichte der Italo-Ärmee einer der heißesten Kampfstage geworden. Deßhalb von Canale mußte dem Feind das Dorf Tröch überlassen werden. Alle Anstrengungen der Italiener, den Fuß über die Höhen südlich des Ortes hinauszusetzen, blieben erfolglos. Ebenso scheiterte südlich von Descla mehrere mit erhöhten Kräften geführte Angriffe des Gegners, wobei sich das mächtige Pansturm-Regiment Nr. 25 besonders hervor tat. Siegreich wie an den Vortagen behaupteten östlich von Gütz und bei Biglia die tapferen Verteidiger ihre vordersten Stäben gegen neuerlich wiederholte Anstürme. Schwere Verluste und völlige Erschöpfung zwang hier den Feind, nachmittags eine Kampfpause einzutreten zu lassen. Am spätesten wurde auf der Karst-Front die Gerungen. Unterstützt durch ein an Kraft kaum mehr zu überbietendes Artilleriefeuer, warf der Feind vom frühen Morgen bis zum späten Abend Division auf Division gegen unsere Stellungen. Heftiger Ansturm richtete sich gegen die beiden Flügel des Abkaltles, gegen den Raum Teit-Jes-Costanjenica, wo die seit Sommer 1915 am Karst feststehenden ungarischen Heres-Regimenter 39 und 46 unter Heldeurahn erstarben und gegen Medesga und San Giovanni. Das Ergebnis des Tages entsprach der glänzenden Haltung der Truppe und ihres Führers, mochte es auch zu kleinen, im Abwehrverfahren gelegenen Schwankungen gekommen sein, der Erfolg blieb unbesprochen auf unserer Seite. Heute, seit Tagesanbruch, stürmten italienische Massen aufs neue gegen unsere Karst-Stellungen an.

Bei der Heresgruppe des Feldmarschalls Freiherrn v. Conrad kam es vielfach zu erhöhter Gefechtsintensität. Im Sugana-Tal wurden von unseren Gefechtsabteilungen 70 Gefangene gemacht. Bei dem gestern gemachten Unternehmern nordwestlich von Afero blieben zwei Offiziere, 150 Mann und drei Maschinengewehre in unserer Hand. Weßlich des Garda-Sees überwältigten unsere Truppen nach heftigem Kampf einen feindlichen Einschnitt.

### Französischer Bericht.

Vom 21. August nachmittags: Auf der Hochfläche von Cerny griffen die Deutschen unsere Stellungen an drei verschiedenen Punkten an. Zweimal kam unser Feuer die Angriffswellen, die in die Ausgangslinie zurückzogen mußten, nachdem sie stark gelitten hatten. Weitere Angriffe weßlich von Denimal Hurtebise scheiterten in gleicher Weise. Auf der Front nördlich von Verdun war die deutsche Gegenwart während der Nacht außerordentlich hart. Zwei angesehene Gegenangriffe, besonders im Raume von Avocourt und nördlich des Carrières-Waldes wurden durch unser Feuer gebrochen. Der Feind erlitt schwere Verluste ohne irgendwelches Ergebnis. Unsere Truppen hielten alle ihre Stellungen und richtete sich in den ererbten Stellungen ein. Die Zahl der unermordeten Gefangenen, die wir im Laufe des 21. 8. machten, übersteigt 300 darunter 116 Offiziere. Ein feindliches Flugzeug bewarf in der letzten Nacht unsere südwestlichen Stellungen, besonders die Sammellager der deutschen Gefangenen, von denen eine große Zahl getroffen wurde. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Abends: Jenseits stark tätigkeit bei heftigen Artilleriekämpfen in der Gegend von Barrois und bei Hochflüssen von Coray und Ennonne. In der Champagne rief unser Feuerangriff auf die deutschen Verteidigungsanlagen im Abschnitt von Et. S. eine Explosion der Granatminen her vor. Unsere Truppen

lungstruppen räumten etwas später die feindlichen Schützengräben von den Feinden und fanden sie voll von Toten. An der Verdun-Front dauerte die Schlacht heute an verschiedenen Stellen fort. Sie verlief überall zu unseren Gunsten. Auf dem linken Maas-Ufer nahmen unsere Truppen die Gänse-Höhe (côte Die) weg, die wir in vollem Umfang besetzt hatten, ebenso wie das Dorf Regneville. Auf dem rechten Maas-Ufer eroberten wir bei einem glänzenden geführten Angriff Samogneux und das ganze besetzte Grabensystem, welches Samogneux mit den Verteidigungsanlagen auf der Höhe 344 verbindet; die von den Deutschen angelegten Gegenangriffe wurden durch Feuer abgewiesen. Wir machten weitere Gefangene, die noch nicht gezählt werden konnten. Im Wasgenwalde verlief ein Handstreich des Feindes gegen einen unserer kleinen Posten am Hartmannsweilerkopf ergebnislos.

### Englischer Bericht.

Vom 21. August nachmittags: Heute früh machte der Feind einen dritten Versuch, das Gelände südlich von Epheg wiederzugewinnen. Obwohl von Flammenwerfern unterstützt, wurde er vollkommen zurückgeschlagen. Wir hatten alle Stellungen. Deßhalb von Epheg griffen wir die deutschen Linien in breiter Front in der Nähe des Kanals von St. Quentin an, wobei wir eine Anzahl Gefangene machten. Während der Nacht verbesserten wir leicht unsere Stellungen nördlich der Straße Ypern-Menin.

Abends: Wir griffen seit vormittag die deutsche Schützengrabensysteme an dem West- und Nordwestrand von Lens an, nahmen des Feindes Stellungen auf einer Frontbreite von 2000 Yards (1800 Meter). Die schweren Kämpfe dauern fort. Am Mittag wurden zwei starke Gegenangriffe nordwestlich von Lens durch unsere Truppen abge schlagen; ein dritter Gegenangriff wurde südlich der Stadt durch unsere Artillerie zum Scheitern gebracht. Wir machten eine Anzahl Gefangener. Heute frühmorgens wurde ein Einbruch des Feindes nordöstlich von Messines nach heftigem Kampf abge schlagen.

### Italienischer Bericht.

Vom 21. August. Die Schlacht an der Front der Julischen Alpen dauert ununterbrochen fort. Mit bewundernswürdiger Hartnäckigkeit und in übereinstimmendem Handeln schreiten unsere Truppen, wirksam unterstützt auf dem äußersten rechten Flügel von festen beweglichen Batterien, zum Erfolg, der trotz des unverminderten Widerstandes des Feindes sich beständig während sich auf dem Nordflügel der weiten Front der Kampf regelrecht entwickelt, begann auf der Hochfläche des Karst und im Küstengebiet die feindliche Linie unter dem starken Druck der dritten Armee nachzugeben und an mehr als einem Punkt zu weichen. Es gelang uns, die mächtigen feindlichen Verteidigungsanlagen zwischen Sorito Solo in Richtung auf die starke Stellung von Stari Lemka zu überschreiten. Zwischen Solo Comeno sowie auf den Abhängen von Hermada angehäufte Truppenmassen wurden niedergemacht. Bis gestern abend betrug die Zahl der durch unsere Sammellager gekommenen Gefangenen 243 Offiziere und 10103 Soldaten. Weitere zahlreiche Gefangene wurden in die Feldhospitäler gebracht. In der Nacht zum 20. August und in der folgenden Nacht unterhielt der Feind zwecks Ablenkung zusammengefaßtes Feuer und unternahm teilweise Angriffsvorwände an verschiedenen Punkten der Trentiner und Carnischen Front. Er wurde überall zurückgeschlagen. Eine seiner Sturmabteilungen wurde im Lagarino-Tal vernichtet, eine andere, der es glückte, in einem unserer vorgeschobenen Posten südlich des Monte Majo Fuß zu fassen, wurde durch schnellen Gegenangriff wieder hinausgeworfen.

## Frankreich und Belgien.

### Die Affäre Almerenda.

Der wirkliche Name Almerendas war Bonaventura Bigo. Die Art seines Ablebens entwickelt sich immer mehr zu einer großen Skandalaffäre. Am 15. August teilte die Pariser Presse mit, daß Almerenda an Tuberkulose gestorben sei. Der Gefängnisarzt sei in den letzten Minuten seines Lebens bei ihm gewesen, und er sei ruhig gestorben. Bald darauf kam die Nachricht, daß er wegen Entziehung des Morphinums, dem er verfallen war, gestorben sei. Am 17. August verbreitete die Pariser Presse die Nachricht, daß Almerenda Selbstmord begangen habe. Am 18. August brachte die Presse eine lange Erklärung des Justizministers Viviani, die endlich zugab, daß Almerenda durch Erdroßelung ums Leben gekommen sei. . . .

### Eine Mahnung des Ministers Thomas an die französischen Arbeiter.

Der französische Munitionsminister Thomas hielt bei der Eröffnung des Hüttenwerkes in Caen eine Rede, in der er, ohne auf seine schwierige Stellung im Ministerium einzugehen, die Gefahren aufzählte, die gegenwärtig der französischen Munitionsversorgung drohen. Es handle sich neben dem Mangel an Rohprodukten und Arbeitskräften auch um Mißstände moralischer Natur. Thomas bejammerte die Arbeiterlosigkeit, ihre berechtigten idealen Forderungen vorläufig in den Hintergrund zu stellen und die Regierung, insbesondere die Kriegsverwaltung, in der äußerst kritischen Lage mit dem Aufgebot aller Kräfte zu unterstützen. Es dürfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern keine tiefergehenden Unstimmigkeiten geben, denn beide strebten demselben Endziel zu: Wohlfahrt und Freiheit.

Und das glauben die französischen Arbeiter?

## Rußland.

### Zur Staatskonferenz in Moskau.

1500 Einladungen ergangen. Die Vertreter der Semstwo und der Staatsbehörden werden überwiegend, damit die provisorische Regierung keine Niederlage erleiden kann. Kerenski will die Konferenz leiten. Der Sache der Freiheit wird diese Konferenz sicherlich nicht dienen.

### Rußland und Stockholm.

Stockholm, 21. 8. 1917. (Fig. Ber.)

Unser Mitarbeiter erzählt vom Sowjetbureau, die gesamte russische sozialistische Presse trete der ententistischen Passivverweigerung entgegen.

Im Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte unterführt Kerenski sein Bestreben, sich auf die Arbeiter- und Soldatenräte zu stützen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die konstituierende Versammlung so bald als möglich zusammenzubringen; auch müßten revolutionäre Organisationen in den Staatsorganismus einbringen, um die Konterrevolution zu unterdrücken. Im gleichen Sinne sprachen Minister Alkshiew, weiter Teretelli, Martoff und der enthaftete Bolschewist Kamenew. In einer entsprechenden Resolution wurde die Regierungserklärung begrüßt, durch welche die Mißverständnisse über die Stockholmer Konferenz beseitigt sind.

Laut Sowjet-Bulletin bestätigt und bekräftigt ein Fünftägiger Artikel folgende Erklärung Teretshentos: Die Stellung der russischen Regierung zu der Stockholmer Konferenz hat sich in keiner Weise geändert. Die russische Regierung erweist nach wie vor der Delegation der Exekutive der Arbeiter- und Soldatenräte jede mögliche Unterstützung und bittet nach wie vor die ver-

bündeten Regierungen, die Pässe für Stockholm nicht zu verweigern. Die russische Regierung besteht auch wie früher noch darauf, daß an der zukünftigen offiziellen Friedenskonferenz neben Diplomaten auch Vertreter der Demokratie teilnehmen sollen.

## England.

### Luftangriff auf England.

WTB. Berlin, 22. August. (Amtlich.) In der Nacht vom 21. zum 22. August hat eines unserer Marineluftgeschwader wiederum unter der bewährten Führung des Fregattenkapitäns Straßer mit sichtlich gutem Erfolge befestigte Plätze und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft Lincoln und Bewachungstreitkräfte an der englischen Küste angegriffen. Alle Luftschiffe sind, trotz der feindlichen Gegenwehr, ohne Schaden und ohne Verluste zurückgekehrt.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.

### Ueber eine Million Engländer fordern Friedensverhandlungen.

Laut „Manchester Guardian“ wurde Lloyd George in den letzten Tagen eine Denkschrift überreicht, in der die englische Regierung ersucht wird, ehestens eine Gelegenheit zur Einleitung von Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu suchen. Die Denkschrift trägt die Unterschriften von fast einer Viertel Million Personen, sowie des Arbeiterverbandes mit zusammen 900 000 Mitgliedern. Das Begleitschreiben führt aus, daß die russische Revolution, der Eintritt Amerikas in den Krieg und die Friedensentscheidung des Reichstages eine neue internationale Lage geschaffen hätten. Das Hauptziel des Krieges sei die Stärkung des demokratischen Einflusses in der Welt. Es bestehe jetzt Grund zur Annahme, daß ein dieses Ziel sicherer und alle Angriffsbestrebungen Deutschlands ausschließender Frieden geschlossen und eine unabsehbare Verlängerung des Krieges vermieden werden könne. Der einzige Weg, festzustellen, ob ein derartiger Ausgleich möglich ist, wäre die sofortige Eröffnung von Friedensverhandlungen. Unter den Unterzeichnern befinden sich sechs Unterhausmitglieder, die Schriftsteller Jangwill, Beailsford, Carpenter, zahlreiche Professoren, Geistliche und viele Mitglieder des Adels.

Der Friedensgedanke marschiert!

### Die englischen Arbeiter und Stockholm.

„Sozialdemokraten“ zufolge richtete Tschaidse namens des Arbeiter- und Soldatenrates an Henderson und Ramsay MacDonald ein Telegramm, worin er den Beschluß der englischen Arbeiter zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz begrüßt und fährt fort: Wir sind überzeugt, daß es den englischen Arbeitern gelingen wird, alle Hindernisse zu überwinden, damit sie zusammen mit den Sozialdemokraten aller verbündeten Länder an der großen Arbeit teilnehmen können, die Proletariat aller Länder zum Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden auf demokratischer Grundlage zu vereinigen.

### Die englische Arbeiter-Konferenz.

Reuter gibt folgenden ausführlichen Bericht über die Konferenz:

Die Konferenz der Arbeiterpartei, die über die Frage der Vertretung Englands in Stockholm endgültig beschloß, trat heute in London zusammen. Nachdem mit sehr erheblicher Majorität am 10. August die Entsendung beschlossen worden war, bemühte man sich in der Zwischenzeit nach Kräften, Anhänger und Gegner der internationalen Konferenz miteinander zu versöhnen. Henderson gab eine Erklärung ab. Man beschuldigte ihn, daß er am 10. August der Konferenz die Auffassung der russischen Regierung vorenthalten habe. Er müßte aber absolut beitreten, daß er absichtlich und mit Vorbedacht irgendwelche Informationen der Konferenz vorenthalten habe, denn Kerenski sei noch jetzt für die Entsendung britischer Vertreter nach Stockholm. Henderson wies die Beschuldigungen zurück und sagte, daß die Konferenz ihn fröhe, daß sie aber auch keinen Druck ausübe, um den Austritt der Vertreter der Arbeiterpartei aus der Regierung herbeizuführen. Eine derartige Politik widerstrebe dem nationalen Interesse und der erfolgreichen Fortsetzung des Krieges. Im übrigen hoffte Henderson, daß die Konferenz ihren Entschluß aufrechterhalte. Hutchison, Mitglied des Geschäftsausschusses der Arbeiterpartei, brachte darauf den Antrag ein, daß die Konferenz ihrer Meinung treu bleibe, da es wünschenswert sei, die britische Arbeiterpartei in Stockholm vertreten zu lassen, damit die Anschauung der Partei nicht falsch aufgefaßt würde, und daß ferner die Konferenz mit Bewauern die Absicht der Regierung zur Kenntnis genommen habe, die Pässe zu verweigern. Fairchild von der britischen sozialistischen Partei brachte einen Zusatzantrag ein, daß die Politik der Arbeiterpartei sich als unveränderbar mit der der Regierung herausgestellt habe. Der Zusatzantrag wurde später zurückgezogen. Der Eisenbahngewerkschaftler Thome erklärte vorher, daß er gegen den Zusatzantrag sei und mit seiner Gewerkschaft gegen Stockholm stimmen werde. Es gebe nur einen Mann in Deutschland, der ausmachen kann, ob es Frieden geben solle. Er tabelte, daß Henderson keine Auffassung nach seiner Rückkehr aus Rußland nicht der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei bekanntgegeben habe. Wenn zwischen dem Geschäftsausschuss der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion darüber verhandelt worden wäre, dann wäre es vielleicht gar nicht zu dem Stockholmantrag gekommen. Der Typographenbund stellte einen Zusatzantrag, von allen Mitgliedern der Gewerkschaftsvereinigungen, die in der Arbeiterpartei organisiert sind, eine Meinungsäußerung einzufordern. Der Vertreter der Hafenarbeiter, Sexton, erklärte, daß ein Aufruf an alle Arbeiter unwirksam sein würde, daß er aber auch bereit sein würde, sich ein Mandat von der Konferenz für Stockholm geben zu lassen. Jedoch sei er im Prinzip gegen Stockholm. Dies sei nicht der gegebene Moment, um über Frieden zu sprechen. Der Zusatzantrag wurde mit mehr als einer halben Million Stimmen abgelehnt. Minister Barnes verteidigte sich gegen die Kritik einiger Redner, daß er sein Amt angenommen habe, und sagte, es seien einige harte Worte über die Vertreter der Arbeiterpartei im Kabinett gefallen. Die Einbringer des Antrages für Stockholm hätten erklärt, daß die Arbeitermitglieder der Regierung Sand in die Augen der Arbeiter streuten und sich der Untreue gegen die Bewegung schuldig gemacht hätten. Die Tatsachen widerlegten das aber völlig. Seine Amtsgenossen hätten das Gefühl, daß man ihnen unhöflich begegnet sei, dennoch hätten sie alles Mögliche, um Zusammenstoße zu vermeiden. Die Übernahme des Postens Hendersons im Kabinett sei eine der traurigsten Pflichten gewesen, die ihm je auferlegt wurden. Er habe Lloyd George einen Tag nach der ersten Mitteilung brieflich gebeten, Henderson im Amt zu halten. Sein Gewissen sei rein. Die Partei habe vor zwei Jahren beschlossen, daß die Arbeiter in die Regierung eintreten sollten. Wenn aber in jedem einzelnen Fall, in dem es nötig war, die Karten neu zu mischen, erst die Zustimmung der Arbeiterpartei eingeholt werden müsse, so wäre das der Regierung unmöglich geworden. Weil vor kurzen habe man Henderson unter anderem getadelt, als er den Arbeitern keine bessere Stellung innerhalb der Regierung verschaffe. Sittie er, Barnes, Hendersons

# Der amtliche Kriegsbericht. Aus Schweden und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 28. August.

## Neue Kämpfe in Flandern.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Aug. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nach den ergebnislosen Teilvorstößen der letzten Tage gingen die Engländer gestern zwischen Langemarck und Hollebeke wieder zu einheitlichen großen Angriffen über, die den ganzen Tag über bis tief in die Nacht hinein anhielten und zu schweren Kämpfen führten. An vielen Stellen stießen sie unter Einsatz neuer Kräfte bis zu sechs Malen gegen unsere Linien vor, immer wieder wurden sie von unseren tapferen Truppen in jähen Nachkämpfen zurückgeworfen. Von zahlreichen Panzerkraftwagen, die dem Feind den Durchbruch durch die Stellungen ermöglichen sollten, wurde die Mehrzahl durch Feuer erledigt. Bis auf zwei Stellen östlich von St. Julien und an der Straße Ypern-Menin, ist unser vorderster Graben auf der 15 Kilometer breiten Kampffront voll gehalten.

Nach kurzem Teilmessener gegen Lens wurden heute früh Vorstöße feindlicher Abteilungen abgelehnt. Weitere Kämpfe sind dort im Gange.

Die Beschießung des Stadtturms von St. Quentin hält an.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In den erbitterten Kämpfen von Verdun trat gestern im Laufe des Tages eine Pause ein. Erst gegen Abend erreichte die Artillerietätigkeit auf beiden Märschern wieder beträchtliche Stärke. Angriffe folgten dieser Feuerorbereitung beiderseits der Straße Vaheraville-Baumont. Im schweren Ringen gelang es den Franzosen nur westlich des Weges auf schmaler Front in unserm vordersten Graben Fuß zu fassen, sonst wurden sie überall blutig abgewiesen. Mehrfach kamen ihre Vorstöße in unserem Bereichsfeuer nicht zur Entwicklung.

Bei dem Luftangriff auf die englische Küste sind die militärischen Anlagen von Margate, Ramsgate und Dover erfolgreich mit Bomben belegt worden.

In zahlreichen Kämpfen verlor der Feind 3 Flugzeuge, 2 eigene kehrten nicht zurück.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Die Russen haben nach Abklingen der Dörfer ihre Stellungen westlich der A bis zur Linie Ding-Bigauz geräumt. Das aufgegeben Gebiet ist nun aus kampflös befreit worden.

Zwischen dem Pruth und der Moldawa war die Gehehrtätigkeit stellenweise lebhafter.

### Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

Nördlich von Grozesti, im Susitz-Tal und bei Soveja blieben erneute, nach harter Artillerievorbereitung angelegte feindliche Teilangriffe erfolglos.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

### Razedonische Front.

Bei fast 60 Grad Celsius in der Sonne blieb die Kampftätigkeit gering. Nur im Tarnabogen lebte das Artillerie-Feuer zeitweise auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Amt nicht angenommen, als es ihm angeboten wurde, so würden die Arbeiter jetzt nur untergeordnete Posten besetzen. Barnes fügte hinzu: „Die Zeit kann kommen, in der die Frage, ob die Arbeitervertreter die Regierung verlassen müssen, akut wird. Aber das würde ein böser Tag sein. Die Arbeiterpartei solle dadurch gestärkt, die Nation in der Erfüllung ihrer Aufgabe geschwächt werden, und man würde den Leuten helfen, die kein Vaterland und keine Nationalität haben.“ „Meine Stellung“, sagte Barnes zum Schluß, „ist klar und ich werde meine Dienste weiterhin den Leuten zur Verfügung stellen, die jetzt das Land leiten, nach meiner Auffassung richtig.“ Er sei energisch gegen Stockholm. Er habe nichts gegen eine Beratung im richtigen Augenblick. Dieser Augenblick sei nicht da und Stockholm sei nicht die richtige Stelle. Die Konferenz wurde bis zu der interalliierten Zusammenkunft am 28. August vertagt. Dann sollen auch acht Abgeordnete für Stockholm gewählt und gleichzeitig das Stockholmer Memorandum über die Kriegsziele besprochen werden.

Die Vertagung erfolgte nach der bereits gestern gemeldeten Abstimmung, die eine, wenn auch nur kleine, Mehrheit für Stockholm ergab.

Nach einer Amsterdamer Meldung über die Konferenz fand Henderson auf der Konferenz sehr freundliche Aufnahme, während Barnes die Versammlung nicht mitzureisen verstand. — Die Bemerkung Smillies vom Bergarbeiterverband, daß der Mann, der Hendersons Posten angenommen habe, den Namen eines Streikbrechers verdiente, erregte stürmischen Beifall.

### Die Streikbewegung

in Neufundwales nimmt nach englischen Blättern zu. Der Anschluß der Gasarbeiter an den Streik wird erwartet.

### Die Sinnfeiner

haben bei einer weiteren Nachwahl in Rikenny in Irland geblieben. Damit ist in den letzten Monaten der vierte Wahlkreis von den Nationalisten an die Sinnfeiner verloren gegangen. Wird die englische Regierung hieraus die richtige Lehre ziehen?

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Die Lage in Spanien.

Pariser Blätter melden aus Madrid: Nach amtlichen Bekanntmachungen ist die Zahl der Opfer bei den letzten Luftkämpfen folgende: in Barcelona 37 Tote, Madrid 18, Bilbao 328, Nerra 4, in verschiedenen Städten je einer. Über die Zahl der Verwundeten sind Abschätzungen bisher nicht möglich, doch sollen in Madrid über 100 Personen, in Barcelona bedeutend mehr verletzt worden sein.

Der „Temps“ meldet aus Madrid: Der Ministerrat beschloß, angesichts der günstigen Lage die infolge der revolutionären Bewegung mobilisierten Soldaten wieder heimzusenden.

### Carranza hat Wilsons Vertrauen erworben.

Reuter meldet aus Washington: Es verlautet, die Regierung habe den amerikanischen Bankiers mitgeteilt, daß ihr Vertrauen in die Regierung Carranzas in letzter Zeit derartig zugenommen habe, daß sie es für richtig halte, einer Anleihe für Mexiko moralische Unterstützung zu geben.

### Die amerikanische Regierung

gemährt England eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollar. Der Gesamtbeitrag der amerikanischen Anleihen an die Verbündeten beläuft sich jetzt auf 1966 Millionen Dollar.

## Die Kartoffelverföorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelverföorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 vom 28. Juni 1917 sind nunmehr von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts die erforderlichen Anordnungen ergangen. Die Verföorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln aus der Herbstkartoffelernte 1917 wird vorläufig dahin geregelt, daß der Wochenkopfsatz der verforungsberechtigten Bevölkerung bis zu 7 Pfund Kartoffeln beträgt. Dieser Wochenkopfsatz ist für die Kommunalverbände, die mit Kartoffeln beliefert werden, lediglich ein Berechnungsmaßstab. In welchem Umfange die Abgabe in den Kommunalverbänden erfolgt, bleibt diesen überlassen. Sie können die Ration je nach den örtlichen Verhältnissen nach Altersstufen, unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung, oder in anderer Weise verschieden hoch bemessen. Die örtliche Regelung ist hierbei nur insoweit beschränkt, als der durchschnittliche Wochenkopfsatz von 7 Pfund Kartoffeln nicht überschritten werden darf. Um die Ernährung der Bevölkerung mit Kartoffeln unter allen Umständen, insbesondere auch dann zu gewährleisten, wenn die kommende Herbstkartoffelernte wider Erwarten gering sein sollte, wird ferner bestimmt, daß die gesamte Kartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung sicherzustellen ist. Der Landwirt darf von seiner Kartoffelernte nur den eigenen Speisekartoffelbedarf befriedigen und nur die kleinen, einen Zoll nicht erreichenden und die ungesunden Kartoffeln an sein Vieh verfüttern. In Trochereien und Stärkefabriken dürfen nur die selbstgezogenen Kartoffeln verarbeitet werden. Als selbstgezogen gelten dabei auch die Pflanzkartoffeln der Genossenschaften und Gesellschaften. Das aus dieser Verarbeitung gewonnene Trockengut ist ohne weiteres beschlagnahmt und soll eine Reserve für Frostperioden bilden, in deren Frühjahrstagen den Bedarfsbezirken nicht zugeführt werden können. Auf Spiritus werden Kartoffeln nur zur Deckung der Anforderungen der Heeresverwaltung verarbeitet. Trinkbranntwein für die Zivilbevölkerung wird aus Kartoffeln nicht hergestellt.

Der durchschnittliche Wochenkopfsatz von 7 Pfund ist zunächst nur vorläufig festgesetzt worden; die endgültige Regelung kann erst geschehen, wenn Ausgang November durch genaue Bestandsaufnahme ermittelt worden ist, welcher Ertrag die Herbstkartoffelernte gebracht hat. Zu dieser Zeit kann auch erst entschieden werden, ob dem Landwirt weitere Mengen, als jetzt bestimmt, zum Verbrauch in der eigenen Wirtschaft freigegeben werden können. Daß eine solche Freigabe außerdem unter allen Umständen erst dann erfolgen kann, wenn die Winterendeckung der Bedarfsbezirke mit Kartoffeln völlig gewährleistet ist und darüber hinaus genügende Mengen für die Verföorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln im kommenden Frühjahr vorhanden sind, ist selbstverständlich. Die Kontrolle darüber, daß Landwirte und Verbraucher den Vorschriften entsprechend die Kartoffeln verwenden, wird durch Einführung der Wirtschaftskarte, ähnlich wie beim Brotgetreide, und durch die Kartoffelkarten geregelt. Die näheren Bestimmungen treffen die Bundesstaaten. Sie haben als Aufsichtsbehörden über die zur Lieferung verpflichteten Kommunalverbände dauernde Kontrolle sowohl darüber zu führen, daß die Sicherstellung der Ernte innegehalten wird, daß der Verbrauch der Kartoffeln beim Landwirt und beim Empfangsverband den Vorschriften entsprechend erfolgt, und daß die zur Lieferung von Kartoffeln verpflichteten Verbände ihre Lieferungsaufgabe gleichmäßig und zeitlos erfüllen. Von Reichswegen wird daneben eine scharfe händige Kontrolle durch Sachverständige in allen Kommunalverbänden gehandhabt werden.

Aus der Kartoffelernte dieses Jahres muß das nötige Saatgut für das Jahr 1918 beschafft werden. Die Saatgutbeschaffung regelt eine Bundesratsverordnung, die nunmehr gleichfalls erlassen ist. Danach sind Verträge über Saatgutlieferungen nur zulässig, wenn es sich um solche an Landwirte oder Kommunalverbände handelt. Sie müssen bis zum 15. November 1917 abgeschlossen sein. Soll das Saatgut aus einem Kommunalverband in einen anderen geliefert werden, so bedarf der Vertrag der Genehmigung, die erteilt werden muß, wenn es sich um Saatgutbedeckung für Landwirte oder Kommunalverbände handelt, und wenn die Höchstpreise eingehalten werden, die von den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammern usw.) oder von den Landeszentralbehörden aufgestellt sind. Das aus einem Kommunalverband in einen anderen Kommunalverband gelieferte Saatgut wird beiden Verbänden angerechnet. Die Lieferung der abgeschlossenen Saatumengen darf auch nach dem 15. November erfolgen. Auf Kartoffeln, über die bis zum 15. November Verträge zur Saatgutlieferung abgeschlossen sind, darf, wenn die Verträge die Genehmigung gefunden haben, für Speisekartoffellieferungen seitens der Behörden nicht zurückgegriffen werden. Anerkannte Hochjuchten sollen, um sie für Saatwecke zu erhalten, auch dann für Speisewecke nicht in Anspruch genommen werden, wenn am 15. November Verträge über sie nicht vorliegen.

Der Handel ist bei dem Verkehr mit Saatkartoffeln als Vermittler zugelassen. Bei der Lieferung der Speisekartoffeln hat der Handel als Verkäufer und Abnehmer in möglichst großem Umfange tätig zu sein, außerdem liegt ihm in den Bedarfsbezirken die Zuführung der Kartoffeln an die Verbraucher ob.

Die Preise für die Speisekartoffeln regeln sich nach den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 19. März 1917. Zur Durchführung der Winterendeckung wird vorübergehend ein näherer Zuschlag, auch für die Anfuhr an die Verladestation, festgesetzt werden. Die Bemessung der Kleinhandelspreise ist Aufgabe der Kommunalverbände, denen in dieser Beziehung Grenzvorschriften nicht gegeben werden, da je nach den örtlichen Verhältnissen die Kleinhandelspreise verschieden gestaltet werden müssen.

Die im Kleinbau gezogenen Kartoffeln von Flächen bis zu 200 Quadratmetern sollen den Kleinbauern restlos belassen werden. Erforderliche Ausfuhrgenehmigungen müssen erteilt werden. Dem Kommunalverband steht es frei, die Kartoffeln auf den Bedarfsanteil des Kartoffelerzeugers, seiner Familie und seiner sonstigen Haushaltsangehörigen teilweise anzurechnen. Findet die Anrechnung statt, so sind dem Kleinbauern von seiner Ernte das Saatgut und mindestens 1½ Pfund pro Kopf und Tag für das ganze Wirtschaftsjahr frei zu belassen.

Ein Mieteinigungsamt wird auf Beschluß des Senates beim hiesigen Stadt- und Landamt unter der Bezeichnung „Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt“ errichtet. Das Einigungsamt ist berufen, auf Grund der Bekanntmachung, betreffend Einigungsämter, vom 15. Dezember 1914 i. zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zum Zwecke eines billigen Ausgleiches der Interessen zu vermitteln, 2. in einem Verfahren, in dem die §§ 1, 2 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 7. August 1914 oder die §§ 1 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 18. August 1914 Anwendung finden und in dem es sich um die Verpflichtung zur Zahlung des Mietzinses oder des Zinses für ein hypothetisch hergestelltes Darlehn oder um die besonderen Pflichten handelt, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetretten sind oder eintreten, dem Gericht vor der Entscheidung eine gütliche Klärung zu erstatten. Die Vorschriften der §§ 2 und 3 der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1914 haben für das Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt Geltung. Die Befugnisse der Gemeindebehörde nach §§ 2 und 3 der Bekanntmachung werden dem Stadt- und Landamt übertragen. Das Einigungsamt ist ferner berufen, auf Grund der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917, auf Anrufen eines Mieters über Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen, 2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter, abgeschlossenen

Meintrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben. Das Einigungsamt besteht aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern. Der Vorsitzende muß zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein. Die Beisitzer müssen zur Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, zur Hälfte dem der Mieter angehören. Das Einigungsamt entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern (einem Hausbesitzer und einem Mieter). Die Bestellung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgt durch den Senat, die der Beisitzer sowie der erforderlichen Stellvertreter durch das Stadt- und Landamt. Gemeindefachliche Angelegenheiten sind der Senat. Die Verordnung, betreffend das Einigungsamt der Kriegshilfe, vom 30. Dezember 1914 wird aufgehoben.

**Die neue Gasordnung rechtlich zulässig?** Die Frage, ob die neue Gasverordnung überhaupt rechtlich zulässig und haltbar ist, unterzeichnet Heinz Grunwald in einem Artikel in der „Täglichen Rundschau“. Er schreibt darüber folgendes: Die Verordnung ist erlassen nicht vom Stellvertreter des Reichskanzlers, wie sonst meist üblich, sondern von „Vertrauensmännern“ des Reichskommissars für Elektrizität und Gas. Mir erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Verordnung auf dieser Grundlage überhaupt rechtsgültig ist. Ich glaube es nicht. Am wenigsten aber dürften die Androhungen in der Verordnung rechtlich haltbar sein.

Sie bedroht zunächst den Übertreter mit einem Aufschlage von 50 Rfs. für ein Raummeter Mehrverbrauch. Wenn dies eine Strafe sein soll, halte ich die Vertrauensmänner garnicht für dazu befugt. Soll darin aber nur eine Preiserhöhung liegen, so widerspricht dies einfach den mit den Gemeinden und Abnehmern geschlossenen Verträgen, die doch nicht ohne weiteres einseitig geändert werden können. In besonders schönem Lichte erscheint die einseitige Erhöhung neben der gleichzeitigen Bekanntmachung, daß das Gas erheblich ver schlechtert werden soll! Schließlich ist doch auch während des Kriegszustandes nicht jeder Rechtsgrundlos ausgeschaltet!

Noch schöner ist aber die Drohung mit völliger Abschneidung der Gaslieferung bei Verweigerung der Aufschlagszahlung oder mehrmaliger Übertretung. Vor kurzem ist bekanntlich eine höchstgerichtliche Entscheidung ergangen, daß einem nicht zahlenden Mieter deswegen nicht die Wasserleitung gesperrt werden dürfe. Dieser Grundgedanke sollte doch wohl — mindestens jetzt — auch für das Gas gelten. Oder sind die Vertrauensmänner oder der Reichskommissar am grünen Tisch sich wirklich im unklaren darüber, was Sperrung der Gaslieferung jetzt bedeuten würde? Im Frieden wäre sie nur die Aufhebung einer Bequemlichkeit, da andere Beleuchtung und Heizung ermöglicht wäre. Jetzt aber, wo Selbstbeleuchtung nicht zu haben ist, wo Kohlen zur Heizung fehlen, bedeutet sie einfach Finsternis und Hunger, da das Kochen unmöglich gemacht wird. Der davon Betroffene hätte dann die Aussicht, im Winter seine Kohlruben roh zu verpeifen und langsam, aber sicher, zu verbrennen oder mindestens eine schwere Schädigung seiner Gesundheit davonzutragen. Von den sonstigen Gefahren für die Gesundheit durch Entziehung der Bademöglichkeit, z. B. bei kleinen Kindern, braucht man wohl nicht erst zu reden.

Nichts ist verkehrter als den Gasverbrauch einzuschränken, sagte Herr Direktor Gae am Montag in einer Besprechung mit den Vertretern der Lübecker Presse. Seine Maßnahmen sollen deshalb so beschaffen sein, daß sie in den Haushalten möglichst wenig störend bemerkbar werden. Das ist begriffenswert, ändert aber nichts an dem dringenden Verlangen, die ganze Gasverbrauchseinschränkungsverordnung sobald als irgend möglich wieder verschwinden zu lassen.

**In den Ruhestand.** Der Senat hat beschlossen, den Ratshauswächter Johannes Schütt auf seinen Antrag zum 1. April 1915 in den Ruhestand zu versetzen.

**Das Lübecker Seecamt** verhandelte in seiner letzten Sitzung über den Zusammenstoß des Lübecker Dampfers „Gothland“, Kapitän Ellerbrock, mit dem Rostocker Dampfer „Auguste Helmerich“, Kapitän Christies, am 16. Mai 1917 in der Nähe von Dornbusch auf Rügen. Der Dampfer „Auguste Helmerich“ befand sich unbeladen auf der Fahrt von Rostock nach Steffin, „Gothland“ hatte Ladung an Bord. „Auguste Helmerich“ war am Abend des 15. Mai aus Warnemünde ausgelaufen. Da Nebel herrschte, wurden fortgesetzt Signale gegeben, auch mit halber Kraft gefahren. Das Schiff machte etwa 3 1/2 bis 6 Seemeilen Fahrt. Um 2 Uhr 25 Minuten morgens wurde voraus ein langer Ton gehört. Dieses Signal erwiderte man sofort, auch wurde das Kommando „Stopp“ gegeben. Gleich darauf vernahm man drei kurze Töne, worauf die Maschine auf rückwärts angelegt wurde. Sie schlug sofort an. In diesem Augenblick erfolgte der Zusammenstoß.

an Bord getroffen. Beide Schiffe erlitten Beschädigungen. Der „Gothland“ erhielt ein kleines Loch oberhalb der Wasserlinie, einige Deckplatten wurden verbeult, einige Planen eingedrückt, auch mehrere Spanten gebrochen und verbogen. Der „Auguste Helmerich“ wurde der Vorderboden verbogen. Das Seecamt fällte folgenden Spruch: „Die Dampfer „Gothland“ aus Lübeck und „Auguste Helmerich“ aus Rostock sind am 15. Mai 1917 in der Nähe von Dornbusch auf Rügen zusammengestoßen. Die Ursache des Zusammenstoßes ist in dichtem Nebel, in dem sich „Auguste Helmerich“ befand, zu suchen. Die Leitung der beiden Schiffe trifft kein Verschulden.“ Weiter wurde verhandelt über die Strandung des Bremer Seglers „Everland“, Kapitän Bolange, am 30. Mai d. J. auf Seelands Riff. Der Segler war am 23. Mai mit Ladung aus Harburg ausgelaufen, hatte den Kanal passiert und steuerte dem Fehmarnfjord zu. Das Wetter war neblig und schauerig. Am 30. Mai, morgens gegen 5 Uhr, griet das Schiff fest. Das Seecamt fällte folgenden Spruch: „Der Segler „Everland“ aus Bremen ist am 30. Mai 1917, morgens 5 Uhr, bei Seelands Riff auf Grund geraten. Die Ursache ist in Versteuern zu suchen. Den Schiffer trifft kein Verschulden. Es wäre besser gewesen, wenn der Besatzmann den Kapitän rechtzeitig gewarnt hätte. Die Maßnahmen nach der Strandung waren zweckentsprechend.“

**Die Krankheiten des Säuglings.** Zur Fortsetzung der Vortragreihe, die gelegentlich der Ausstellung „Mutter und Säugling“ hier veranstaltet wird, sprach Dienstag Abend Herr Dr. Joel über „die Krankheiten des Säuglings“. Der Vortragende machte den Versuch, der unerfahrenen Mutter zu zeigen, woran sie erkennen kann, ob ihr Kind krank ist. Das aber nur, damit sie zur rechten Zeit für ärztliche Hilfe sorgen kann und nicht, damit die Mutter Behandlungsversuche an ihrem Kinde unternehmen soll. Die Mutter kann nur dann ein Kranksein feststellen, wenn sie weiß, wie sich das gesunde Kind verhalten soll. Sie wurde deshalb darüber belehrt, was man von einem: gefunden, sich gut entwickelnden Kinde verlangen muß, und diesem normalen Verhalten wurde das davon abweichende des Kranken gegenübergestellt. Ohne auf eine Schilderung der Krankheiten selbst einzugehen, besprach der Vortragende in großen Zügen die wichtigsten Krankheitserscheinungen, die einer ihr Kind aufmerksam beobachtenden Mutter nicht entgehen können. Dabei wurden alte, zum Teil abergläubische Vorurteile bekämpft, die sich zum Schaden des Säuglings von Geheul zu Geheul fortsetzen, so z. B. das „Weisprechen“ des Soor, die übertriebene Angst vor der Erkrankung während der Zahnung und vor der Anwendung des Diphtheriejerums. Besonders wurden einige wichtige Krankheiten der Haut besprochen, z. B. das Windpocken, der Milchschorf, die allgemeine Ekzema und die ekzematösen Ausschläge, die durch Lichtbilder veranschaulicht wurden. Auch der Jogen. Erythematöse Diathese wurde Erwähnung getan, jener fehlerhaften allgemeinen Veranlagung, die durch diätetische Behandlung günstig zu beeinflussen ist. Die Krankheiten, die durch mangelnde Elastizität und schlechten Fettsäuregehalt, ebenso die, die durch übermäßige Aufzucht des Leibes gekennzeichnet sind, wurden besprochen und ihre Ursachen klargelegt. Auf das allgemeine Verhalten des kranken Säuglings wurde näher eingegangen; auf das Schreien, das durchaus nicht immer auf Hunger beruht, sondern häufiger auf Überfütterung und auf Leibschmerzen, die durch verkehrte und verkehrte Nahrung hervorgerufen werden. Auch wurden Entzündungen des Mittelohrs und der Gehirnhaut als Ursachen des Schreiens erwähnt. Es wurde ausgeführt, welche Schlüsse man aus dem Verweigern der Nahrung auf ein Kranksein ziehen könne und viele Ursachen dieses Verweigerns angeführt. Ferner wurden die Mütter auf die Verdauungsstörungen hingewiesen und aufmerksam gemacht auf die Anfangsercheinungen der englischen Krankheit. Den Schluß bildeten einige Photographien, die zeigten, wie durch Nachlässigkeit und Unsauberkeit der Mütter die Kinder der schlimmsten Ansteckungsgefahren ausgesetzt wurden.

**pb. Raubmord.** In den Siemser Lannen, in der Nähe der Travemünder Landstraße, wurde die Leiche eines unbekanntem, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gefunden. Der Verstorbene war ungefähr 1,65 Meter groß, hatte rotblondes Haar und mag etwa 30 Jahre alt gewesen sein. Weitere Feststellungen über das frühere Aussehen des Verstorbenen konnten nicht gemacht werden, weil die Verwesung der Leiche schon stark vorgeschritten war. In der Kleidung der Leiche wurden keinerlei Legitimationspapiere vorgefunden. Die Aufschluß über die Persönlichkeit des Verstorbenen geben könnten. Vorgefunden wurde nur ein Fahrchein der Lübecker Straßenbahn der Strecke Lübeck-Rüdzig über 15 Btg., der am 14. Mai d. J. zur Ausgabe an

einen Fahrgast gelangt war. Befestigt war die Leiche mit graugrüner Sportmütze, schmutzig grauem Jackett, blauer Stoffhose, die durch einen breiten Ledriemen gehalten wurde, blauer Weste, Oxford-Hemd, blauem Brustwärmer. An den Füßen der Leiche befanden sich Fußlappen aus Normalstoff. Die Stiefel fehlten, ebenso auch jede sonstigen Wertgegenstände. Da der Schädel der Leiche ein handteller großes Loch aufweist, welches durch wuchtigen Schlag hervorgerufen sein muß, und auch in unmittelbarer Nähe ein doppelschlägiger Hammer, sog. Schläger, gefunden wurde, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Raubmord vorliegt. Es werden daher Personen, die über die Persönlichkeit des Verstorbenen Aufschluß geben oder sonstige sachdienliche Angaben machen können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden, wo die Kleidung des Verstorbenen ausliegt.

**pb. Entworfener Personning.** In der Nacht zum Sonntag, dem 19. ds. Mts. ist der zum Abdecken eines Kettbiemens im Suhrbrook gegenüber Dänischburg benutzte 6 x 8 Meter große Personning abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

**Hamburg.** Tödlich verunglückt. Am Ketherdamm, nahe den Bauten der Getreide-Lagerhaus-Gesellschaft, prallten am Dienstag nachmittags zwei Teile eines rangierenden Eisenbahnwagens so festig zusammen, daß die Buffer übereinander geschoben wurden und der zwischen den Wagen stehende Rangierer Heinrich Bittner, wohnhaft in Harburg, totgequetscht wurde.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. August. (Amtlich.) Westlich der Straße von Gibraltar schickten unsere U-Boote den feindlichen Transportverkehr nach dem Mittelmeer wieder in wirksamer Weise. Sechs Dampfer mit rund 20 000 Brutto-Registertonnen wurden versenkt und damit annähernd 24 000 Tonnen Kohlen, in der Hauptsache nach Italien bestimmt, vernichtet. Zu den vernichteten Dampfern gehörten die bewaffneten englischen Dampfer „Manchester Commerce“ (4144 Tonnen) und „Ganges“ (4170 Tonnen), sowie der bewaffnete italienische Dampfer „Carlo“ (5572 Brutto-Registertonnen).

Im Mittelmeer wurde eine erhebliche Anzahl Dampfer und Segler mit einem Gesamtumfang von über 43 000 Tonnen versenkt, darunter die bewaffneten italienischen Dampfer „Dealta“ (4021 Tonnen) mit Munitionsladung, „Genova“ (3496 Tonnen) und „Izabran“ (3892 Tonnen), mit 5000 Tonnen Weizen von Australien nach Italien.

Wieder wurden mehrere Dampfer aus stark gefährdeten Geleitzügen herausgeholt.

Der Chef des Admiraltabes der Marine. Berlin, 21. August. Nach der „Vossischen Zeitung“ hat Prinz Wilhelm zu Wied in einer Denkschrift, die er dieser Tage den verbündeten und neutralen Regierungen sowie einer Reihe maßgebender Stellen und Persönlichkeiten zugesandt hat, Stellung genommen gegen die italienische Regierung wegen ihres Protestors über Albanien. Er hält darin seine eigenen Ansprüche auf den Thron Albanien in vollem Umfang aufrecht. Zum Schluß erläutert der Prinz einige Gedanken über die künftige Regierung Albanien, die er, nach allem, was geschah, nur im engsten Anschluß an die Mittelmächte für möglich hält. — Der Fürst hat also wieder Schnjucht nach seiner albanischen Krone.

Bern, 22. August. Die Pariser Blätter melden aus Perpignan: Die spanischen Abgeordneten Ferron und Marcia, die Führer der spanischen Aufstandsbewegung (Fed.), die verhaftet werden sollten, konnten nach Frankreich entkommen. Die Nachricht von der Verhaftung der Abgeordneten Ventosa und Musitu habe sich als unrichtig herausgestellt.

Verantwortlich für die Kabrit „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Ernst Krohn**  
geb. Lübeck.  
Magdalene Krohn  
geb. Lübeck.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband**  
Zweigverein Lübeck.  
Am 21. August verstarb unter Schilpe, der Maurer **Paul Groth**  
im 24. Lebensjahre.  
Für seinen Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntagabend nachm. 7 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. (2321)  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Cherverein Lübeck.**  
Am Dienstag, dem 21. d. Mts., ist unser Mitglied **Frau Anna Kruse** verstorben.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, 23. Aug., nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
(2322) Der Vorstand.

**Alle Arbeiter**  
taufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers**  
Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Mitgl. des Rab.-Sparc. Lübeck.

**Ein Laufjunge**  
an der Schulzeit gesucht.  
(2313) Sandstraße 9.

**LEDERSOHL**  
Hansa D. R. P.  
**C. Grimm Neff.**  
Schulmeisterstr. 6.  
(Nur Werktagen von 8-1 und 4-7 Uhr.)  
2318

**Ein schwarzes Kaninchen**  
entlaufen. Abzugeben  
Seydewitzer Allee 123.  
Verl. e. Perrenahr mit Kette v. Drägerstr. 5. St. Johannis od. i. Strägerstr. Linie 9. Abg. geg. Bel. Bei St. Johannis 23, 1. (2308)

**la. Weißkohl**  
feste Köpfe, Pfd. 18 Pfg.  
Zauber Mk. 16.50  
empfiehlt (2314)  
**Fritz Kruse**  
Schäfelboden 22.

**Hygiene-Ausstellung „Mutter und Säugling“**  
Lübeck, Katharinenkirche, Eingang Königstraße  
Straßenbahnlinie: 3, 14, 15. (2315)  
Geöffnet: Werktags 10-7 Uhr. Eintritt 50 Pfg.  
Sonntags 11-6 Uhr. „ 25 „  
Vereine Ermäßigung.  
**Schluss: Sonntag, den 26. August.**

Am Mittwoch Abend entließ ich nach langem Weiden unter lieber Sohn und Bruder  
**Otto**  
im 10. Lebensjahre.  
**Heinr. Meyer und Frau**  
geb. Köh.  
Lübeck, d. 22. August 1917.  
Beerdigung am Sonntag, dem 25. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Vorwerker Friedhof aus.

**Statt besonderer Anzeige.**  
Am Dienstag nachmittags 1 1/2 Uhr entließ ich nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, meiner vier lieben Knaben herzlich gute Mutter  
**Anna Kruse geb. Heilmann**  
im 27. Lebensjahre.  
Auch nicht betrauert von den Jungen.  
**Hans Kruse und Kinder, Eltern und Geschwister, Schwägerinnen, Schwägerinnen**  
alle Verwandte u. Bekannte  
Lübeck, d. 22. August 1917.  
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, 23. Aug., nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

**Lübecker Gen.-Bäckerei Bilderleuten**  
e. G. m. b. H.  
Ordentliche **General-Versammlung**  
am Donnerstag, 23. Aug. 1917  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
Geschäfts- und Revisionsbericht vom 2. Quartal 1917.  
Anteilscheine legitimieren.  
Lübecker Gen.-Bäckerei  
e. G. m. b. H.  
Der Vorstand.  
(2319)

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr: (2316)  
**Gib mich frei!**

**Stadthallen-Sommertheater**  
Donnerstag, 23. Aug. 1917:  
**3 arme Teufel.**  
Freitag, den 24. August 1917:  
Gastspiel von ARNO ROß vom Hoftheater Schwerin:  
**Flachsmann als Erzieher**  
Komödie von Otto Ernst.  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.  
Sonntag, den 25. Aug. 1917:  
Anfang 8 1/4 Uhr  
Zum letzten Male:  
**Die Fahrt ins Glück.**

## Stockholmer Brief.

Stockholm, 19. August 1917.

Die Erklärung Bonar Laws, daß die Regierungen von London, Paris, Rom und Washington (zur höheren Ehre des Selbstbestimmungsrechts der Völker) ihren Sozialisten nicht gestatten, nach Stockholm zu gehen, hat hier äußerlich gar keine Veränderung hervorgerufen. Von einer Stellungnahme des Organisationskomitees ist nichts bekannt geworden, sie läßt sich zurzeit auch wohl gar nicht herbeiführen, denn von den russischen Mitgliedern des Komitees ist keines hier. Branting ist durch die lebhafteste Wahlkampagne stark in Anspruch genommen, redet jeden Tag in einer anderen Stadt des weiten schwedischen Landes, und Troelstra ist müde und erhebt sich draußen an der See, wenn er auch ab und zu nach Stockholm kommt. Eine dänische Vertretung ist seit Wochen nicht anwesend, und so ruht die ganze Arbeit auf Camille Hunsmans, der zu seinem nimmermüden Fleiß und seiner ewig guten Laune einen unbeirrbaren Optimismus gesetzt. Ihm ist der leiseste Zweifel an dem Zustandekommen der Konferenz fern, und er arbeitet unentwegt an den immer noch einlaufenden Memoranden einzelner sozialistischer Parteien und Gruppen und an der Lösung der durch die Verzögerung des Reichstageshauses entstandenen Lokalfrage. Er hat sogar der Erklärung Bonar Laws eine gute Seite abgewonnen, und man muß sagen, daß es ganz einleuchtend ist, wenn er meint, daß die Wahrvorweigerung den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs die Handlungsfreiheit wiedergebe und hierdurch der Wiederaufbau der Internationalen erleichtert werde, was viel wichtiger sei als die Frage, ob die Konferenz eine Anzahl Tage früher oder später stattfinden.

Wir freilich, die den gewaltigen Eindruck erlebt haben, den die Ankündigung der Konferenz auf das ganze Volk machte, wir, die wir wissen, wie sich alle Hoffnungen auf die Sozialdemokratie richteten — wir stehen vor allem unter dem Eindruck der ewigen Verschiebung ihres Zusammentretens, was für uns eine grausame Enttäuschung bedeutet. Und das gleiche scheint in Rußland der Fall zu sein. Vor kurzem wurde in Deutschland jener heftige Artikel der Sowjetblätter „Sveptja“ veröffentlicht, der kurzerhand eine Verschiebung über Mitte August hinaus als Werk geheimer imperialistischer Sabotage erklärte und in einem gestern im hiesigen Sowjetbulletin erschienenen Leitartikel wird wiederum die Konferenz als ein Hauptziel des russischen Sozialismus, ja der ganzen russischen Demokratie erklärt. Nur eben, daß die Bedeutung des Arbeiter- und Soldatenrats zurzeit erheblich vermindert zu sein scheint!

Dieser Meinung gibt auch das von der Bolschewikin Angelica Balabanoff geleitete Bulletin der „Internationalen Sozialisten-Kommission“ (Zimmerwald) scharfen Ausdruck, und in diesem Organ wird an die Erklärung Bonar Laws klar und deutlich die Frage geknüpft, wie lange die Arbeitsparteien Frankreichs und Englands den Burgfrieden denn noch innezuhalten gedenken. Von einer entschiedenen Opposition gegen die Regierung infolge der Wahrvorweigerung hört man nun insbesondere aus Frankreich nichts, und solange das so bleibt, kann ich den Eindruck nicht los werden, daß die Partei Renaudels in der Hoffnung, Amerikas Eingreifen werde Deutschland niederwerfen, völlig mit Lloyd George, Ribot und Bostell übereinstimmt. Es liegt ja auch nahe, daß gerade die französischen Kriegsozialisten samt der ganzen französischen Regierungsklique alles zu fürchten haben, wenn der nun schon so lange fortgesetzte und vor allem Frankreich mit völligem Ruin bedrohende Krieg durch einen Verständigungsfrieden beendet wird, bei dem sich das Volk sagen wird, daß es den viel früher und um den billigeren Preis so viel geringerer Opfer hätte haben können. Wenn Frankreichs Volk dann fragt, wer es so weit getrieben hat, so kann freilich ein fürchtbares Erwachen kommen und in der Abenddämmerung jenes Tages kann mancher Stern auf immer verblasen!

Die Arbeit der Kerenski-Offensive an der Verlängerung und kaum noch für möglich gehaltenen Verschärfung des Krieges wird bei uns nicht unterschätzt werden und man wird als sozialistischer Angehöriger der Zentralstaaten nur ein bitteres Räuseln dafür haben, wenn in dem erwähnten Leitartikel des Sowjetbulletins die herausgeforderte Gegenoffensive in Galizien — auf zentralmächtestem Boden! — als ein schwerer Schlag des deutschen Imperialismus gegen die russische Revolution hingestellt und beklagt wird. Ein sonderbarer Gedanke eines Wortführers der antiannektionistischen russischen Revolution, daß die Zentralmächte die Heere Brusilows und Korniloffs vielleicht bis Krasau oder auch nur bis Lemberg hätten vorbringen lassen müssen!

Die Zentralmächte haben im höchsten Interesse der Menschheit und ihrer eigenen Völker die Pflicht, alle Welt immer wieder zu überzeugen, daß die Schuld an der Verlängerung des Grauens und der Selbstvernichtung nicht an ihnen liegt. Lernen wir doch endlich von unseren Feinden, daß die stete Wiederholung zwar vielleicht langweilig und gewiß wenig geschmackvoll, aber in der Politik allein wirksam ist.

## Die Juliunruhen in Petersburg.

Die folgenden beiden Artikel geben eine klare Uebersicht über die letzten Kämpfe in Rußland.

Während die Mehrheit der Sozialisten, die Menschewiki, die Sozialisten-Revolutionäre, die Volkssozialisten und die Arbeitsgruppe, sich nach der siegreichen Revolution auf den Boden der Zusammenarbeit mit der liberalen Bourgeoisie stellten, forderten die Bolschewiki die Uebernahme der gesamten Regierungsgewalt durch den A- und S-Rat. Als das Koalitionsministerium zustande kam, dem 10 bürgerliche und 6 sozialistische Minister angehörten, blieben die Bolschewiki dieser Regierung gegenüber in Opposition, denn sie erklärten in den 6 sozialistischen Ministern Sozialisten nur Geiseln des Sozialismus in den Händen der Bourgeoisie, die dazu dienen sollten, die Sozialisten für die Politik des A- und S-Rates in seiner Mehrheit bürgerlichen Ministeriums mit verantwortlich zu machen. Auf der anderen Seite konnte der A- und S-Rat, mit dessen ausdrücklicher Zustimmung die Sozialisten das Koalitionsministerium beizutreten waren, nicht mehr mit dem gleichen Unabhängigkeit und Schärfe seine Kontrolltätigkeit gegen das Kabinett ausüben wie ehemals der Zwow-Miljow-Guschkow-Regierung gegenüber. Waren es doch die eigenen Parteigenossen, die für die Handlungen und Unterlassungen dieses neuen Ministeriums mit verantwortlich waren, und wovon denen man wußte, daß sie ihr menschenmöglichstes taten, um die liberalen Kollegen vorwärts zu treiben. Die letzteren dachten aber garnicht daran, ernsthaft für den Frieden und das Volkswohl zu arbeiten. Und so kam es denn, daß die Regierung immer mehr und mehr in die Sackgasse der Halbheiten, Widersprüche und Unklarheiten geriet. Weder vermochte sie, die verbündeten Regierungen zu veranlassen, der Friedensformel des A- und S-Rates beizutreten, noch die wirtschaftlichen Nöte im Innern zu beseitigen, noch den Ausbau sozial-politischer Reformen nennenswert zu fördern. Da die Koalitionsregierung weder in der äußeren noch in der inneren Politik greifbare Erfolge zu erzielen vermochte, und es immer offener wurde, daß die Kadetten den Sozialisten ununterbrochen Steine in den Weg legten und durch passive Resistenz deren Kräfte lähmten, gewann unter den Massen immer mehr die Ueberzeugung an Boden, daß, da es mit den Kadetten nicht ginge, es gegen die Kadetten gehen müßte.

Bereits am 11./24. Juni planten die Bolschewiki auf dringenden Wunsch zahlreicher Regimenter und Fabriken die Veranstaltung friedlicher Strafendemonstrationen, in denen der Uebergang der ganzen Regierungsgewalt in die Hände des A- und S-Rates gefordert werden sollte. Der A- und S-Rat mißbilligte aufs schärfste das Vorhaben der Bolschewiki, unterjagte für die Dauer von drei Tagen die Veranstaltung irgendwelcher Demonstrationen und erklärte einen jeden, der diesem Verbot zuwiderhandeln sollte, für einen Feind der Revolution. Die Bolschewiki protestierten zwar gegen das Verbot, legten Verwahrung ein gegen die ihnen untergeschobenen Motive der Revolutionsfeindlichkeit, fügten sich aber dem Mehrheitsbeschluß, nachdem ihnen erklärt worden war, daß die Anhänger der Gegenrevolu-

tion die Manifestation zu ihren dunklen Zwecken auszunutzen wollten, und sagten die Demonstrationen ab.

Die Stimmung der Massen blieb indes nach wie vor erregt. Der Unwille stieg, als Kerenski mit seinen Offensivplänen im A- und S-Rat trotz aller Warnungen der Bolschewiki durchdrang. Die Bolschewiki wurden Tag für Tag von der bürgerlichen Presse mit einer Flut von Beschimpfungen und Verhöhnungen überschüttet, da sie schonungslos die gegenrevolutionäre Ministerarbeit des Miljutowischen Anhangs aufdeckten. Schon erregten der unvermeidliche Burzum auf der Bildfläche und erklärte in einem sensationell aufgekauften Artikel, er würde demnächst eine ganz besondere aufsehenerregende Enthüllung machen. Verschleiende Freunde, denen er sein Material vorgelegt hätte, wären mit ihm der Ansicht gewesen, daß die Veröffentlichung erst zu einem späteren Zeitpunkte erfolgen dürfte. Es handelte sich um die Enttarnung eines Mannes, der seit vielen Jahren die größte Verschönerung und Achtung in Rußland und im Auslande genieße. Man war natürlich auf Vermutungen angewiesen und war überzeugt, daß es sich nur um einen der früheren führenden Bolschewiki handeln könne.

Inzwischen waren Teretelli und Tereschtschenko aus Kiew zurückgekehrt, wo sie über die ukrainische Frage verhandelt hatten. Die Ukraine hatte ihre Unabhängigkeit erklärt, eine eigene Regierung gebildet, und unverzügliche Verhandlungen mit der „Kada“ waren ein Gebot der Notwendigkeit geworden, sollte Rußland vor den schlimmsten Folgen dieser Unabhängigkeitserklärung bewahrt werden. Und in dieser ungeheuer schwierigen Situation benutzten die Kadetten die ukrainische Frage als Vorwand, um der Regierung ein Bein zu stellen. Sie traten zurück mit der Begründung, sie könnten dem großen Entgegenkommen der Ukraine gegenüber nicht beipflichten, wo sie doch genau wußten, daß die von Tereschtschenko und Teretelli eingeräumten Zugeständnisse nach Lage der Dinge überhaupt nicht zu umgehen waren. Selbst die liberale Presse konnte nicht umhin, diesen Schritt der Kadetten auf das schärfste zu mißbilligen. Die Wut über diesen niederträchtigen Rückstich der Kadetten, die Erbitterung über die inzwischen eröffnete Offensive lösten ernste und schwere Unruhen aus.

Am Nachmittage des 16. Juli ruhte bereits die Arbeit auf den großen Werken von Lehnern, Gehl, Nobel und Parvianien. Das 1. Maschinengewehr-Regiment, das Grenadier-Regiment, später das Paul-Regiment, das Regiment Moskau und das finnische Regiment schloßen sich der Demonstration an. Am 17. Juli ruhte die Arbeit in ganz Petersburg. Eine Reihe von Regimenter weigerte sich, den Befehlen der Regierung nachzukommen, die Kronstädter Matrosen und Soldaten mit dem Bolschewiki Roschall an der Spitze trafen in Petersburg ein. Es kommt zu tätigen Zusammenstößen zwischen den Truppen der Regierung, dem Arbeiter- und Soldatenrat rücksichtslos unterstützt wird, und den Demonstranten; dieser Bürgerkrieg hat nach den russischen Blättern 36 Tote und 650 Verwundete gekostet.

Auf die Dauer erhalten jedoch die Regierungstruppen das Uebergewicht. Den Palast der Primaballerina Kschewinska, einer früheren Geliebten von Nikolaus II. in dem das Hauptquartier der Bolschewiki war, finden sie geräumt, die Peter- und Paul-Festung nehmen sie nach regelrechter Belagerung durch die Kapitulation der Besatzung ein. Nahezu sämtliche Führer der Bolschewiki werden verhaftet, die Entwaffnung der Demonstranten wird durchgeführt und allmählich die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Die friedlich gedachte Demonstration hat ihr blutiges Ende erreicht.

Man möchte nun über diese Manifestationen denken wie man wollte. Auch der schärfste Gegner müßte zugeben, daß es eine machtvolle Kundgebung war, die als Gradmesser der Unzufriedenheit jedem Denkenden zeigen mußte, welches Maß von Unwillen und Erbitterung über den andauernden Krieg und dessen Folgeerscheinungen sich in den Massen aufgespeichert hatte.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Beschränkung des Versammlungsrechts.

Der Kommandierende General v. Kehler in A s s e l hat einen Befehl erlassen, in welchem er anordnet, daß Versammlungen aller Art, auch Vereinsversammlungen, 48 Stunden vor dem Beginn unter Angabe des Ortes, der Zeit,

## Treue siegt.

Eine Geschichte von der See  
Von Edmund Hoefel.

6. Fortsetzung.

„Und seine neue Sünde, Caspar? Weißt du nichts davon?“ Caspar Beers schaute die traurige Frau und ihren Bruder mit einem langen, nachdenklichen und gewissermaßen zögernden Blicke an, bevor er abschließend erwiderte: „Nein, davon weiß ich auch nichts. Aber ich glaub' auch nicht, daß was Neues nötig ist. Da er einmal zurückkam, hielten sie ihn natürlich fest und fingen da wieder an, wo sie damals, als er entflohen, aufgehört mußten. Das, den! Ich so, ist ja sadengrad. Aber, sehen Sie, das muß er grade so gut wissen wie wir, und kam doch zurück. Ich kapiert es nicht. Und auch sonst,“ fuhr er mit neuem Kopfschütteln fort, „es ist alles so kurios! Er wird gefaßt und niemand erfährt davon, Sie nicht, die Sie doch die ersten sein sollten, in der Stadt nicht. Hier hat ihn der Knaut dem Schulzen nicht genannt, und mir sagt er den Namen auch nicht, obwohl er so gut wie jeder wissen muß, wie's zwischen uns beiden stand. Könnt' ich nur einen Tag länger bleiben und ihn vielleicht noch einmal treffen! Denn hier darf ich's ja sagen,“ schlief er gedämpft, „ich gönne es ihm, daß er sich labiert. Die alte Geschichte ist doch nicht so schlimm, daß man sie nicht lieber vergessen sollte. Und daß er dennoch grade darum —“

Der Landwirt war dieser Auseinandersetzung mit großer, und wie man wohl bemerken konnte, ernster Aufmerksamkeit gefolgt, ja, sein Auge und die Falte auf der Stirn verriet ein beinahe finsternes Nachdenken. Jetzt aber blickte er plötzlich freundlich auf, ergriff Caspars Hand und sagte: „Ganz mir aus dem Herzen gesprochen, mein Junge!“ Und während vom Hause her eben der Pfarrer zurückkehrte, redete er weiter: „Als man dich vor dem über deinen Stand hinaussträubte, gefiel es mir nicht, und als du nach G. zogst, gab ich dich beinahe auf; dein Schlag geht an den Städten zugrunde. Aber ich habe mich geirrt, du hast das Herz noch auf dem rechten Fleck. Deinen Eltern bist du ein braver Sohn geblieben, deinen Wohlthätern hier bewahrtest du redlich deine Treue, und nun hältst du auch dem armen Teufel gegenüber Probe —“

„Der's am wenigsten verdient,“ warf der Pfarrer fast heftig dazwischen. Er ergriff überhaupt aufgeregt.

Die Frauen des anderen juckten lächelnd. „Gegen Ihre persönlichen Gründe habe ich nichts, Schwager,“ sprach er. „Im übrigen aber — über solch ein Verdienen oder nicht Verdienen gibt es stets verchiedene Ansichten.“

Die vier Menschen standen, wie die Leier sich erinnern werden, auf der sogenannten Straße und am Tore des Staketts, welches den Hof von jener trennte. Rechts von ihnen lag ein ziemlich langes Gebäude, welches durch den hohen und breiten

Zugang von der Straße aus als Scheune gekennzeichnet wurde; links zeigte sich ein ähnliches, das durch mehrere Türen und eine Dungklatte als der Stall bezeichnet wurde, wo der nicht unbedeutende Viehstand Platz fand. Im Hintergrunde stand das Haus mit Schatten der hohen Bäume. Diese sämtlichen Gebäude hatten selbstverständlich eben so gut Strohdächer, wie mit Ausnahme der Kirche und allenfalls der Schmiede, alle übrigen Dorfhäuser, und auch hier zeigten sich auf den Wirtschaftsbauten Dachgiebel. In Folge der vielen feuchten Wiesen und vor allem der außerordentlichen, fast religiösen Schonung wimmelte es hierzulande von diesen Vögeln.

Nach dieser Seite hin war der Pfarrhof das letzte Bauwerk des Dorfes. Sein Garten wurde nur durch einen schmalen Feldstreifen vom Walde geschieden, nach vorne hin wurde er durch die Kirche mit dem ummauerten Friedhof vom übrigen Dorfe getrennt, und allein seitwärts, etwa fünf Minuten entfernt, zeigte sich hart am Walbesrande noch ein einzelnes, jaucheres und sogar mit Ziegeln gedecktes Häuschen, unzweifelhaft die Wohnung eines Forstwärters.

Bisher war es auf dem Hofe still geblieben. In der Haustür zeigte sich ein paar mal eine Gestalt, welche nach der Gruppe der Redenden hinüberhaupte und wieder verschwand. Die Hühner trieben sich umher; die Tauben kamen vom Felde zu ihrem Schutze oder flogen hinaus; Enten und Gänse tummelten sich auf dem kleinen Teiche, der gleichfalls hier nicht fehlte, oder puzten sich auf dem schon mit Federn überzeten Rahemuser deselben. Laut war es zu dieser Mittagsstunde nirgends, und nur vom Stall: herüber vernahm man von Zeit zu Zeit ein kurzes, ungeduldriges Wiehern. Denn das Pferd des Verwandten war augenblicklich der einzige, und mochte sich allerdings höchst einjam und ungemüthlich finden. Des Pfarrers Pferde waren natürlich zur Hilfe auf der Brandstelle und alle übrigen Tiere, die Kühe und Kälber, die Schafe und Schweine, hatte man beim Ausbruch des Feuers vorsichtigerweise mit ihrem Hüter auf die Weide hinausgeschickt.

Mit einemmale, und gerade da der Landwirt sein letztes Wort sprach, änderte sich alles auf das erschreckendste. Aus den beiden Storchennestern schlangen sich die Alten, welche dabei waren, mit einer Hast auf, welche einen jähen Schreden der Tiere verriet, freistien nahe über den Dächern hin und fegten zu den die Köpfe hervorstreckenden Jungen zurück. Ein paar Tauben schossen wild vom Pfarrhause herüber, und indem erlosch sich über das Dach desselben ein plötzlicher, rasch sich verdichtender Rauch. In der Tür erschien die Gestalt eines jungen Mädchens. „Mutter, — Mutter! — Feuer — Feuer!“ gellte ihr entsetzter Ruf über den Hof, und indem hoch schon an der rechten Giebelseite, grade unter den Zweigen der alten Linde, eine fahle Flamme hervor und die Stütze hin — wir müssen unsere früheren Bild wiederholen! — wie ein lebendiges Tier aus der Tür entlang und schlug bereits im nächsten Moment über das ganze Dach hin.

Einen Augenblick standen die Menschen wie betäubt und gelähmt; im nächsten waren sie aber auch schon wieder gefaßt und stürzten gegen das Haus, wo der Qualm dicht aus den Dachfenstern, ja selbst aus der Tür hervorquoll.

„Das ist Brandstiftung!“ rief der Landwirt, mit jähem Blick zu dem Pfarrer hinüberstreichend, zornig aus.

„Caspar, über den Kirchhof, hol' Hülfe!“ — Der treue Mann slog schon fort.

„Retten Sie Ihr Pferd, Schwager!“ mahnte der Pfarrer, blaß, aber gefaßt, und fügte, gegen die Gattin gewandt, hinzu: „Ich sah vorhin die Kirchenbücher nicht auf ihrem Platze. Sind sie noch draußen?“

„Ja, gottlob! — gottlob! Bücher, Papiere, Leinwand, Betten und Silber — alles liegt nach deinem Befehl hinten im Garten. Ich wagte es noch nicht, es zurückbringen zu lassen! O, du mein Gott und Herr, was für ein fürchtbares Unglück!“ stammelte die Pfarrerin, leichenbläß und zitternd, so daß sie sich kaum auf den Füßen halten zu können schien. Allein an der Befinnung fehlte es ihr dennoch nicht, und eine Sekunde später fand sie auch die Kraft wieder. Sie war schon vor den Männern am Hause, und nun eilte sie hinein und ihre Stimme klang hell über den von Rauch erfüllten Flur: „Wilhelmine, Marie! — Dirnen, wo seid ihr? — Herbei, herbei! Alle in des Herrn Zimmer! Nichts angefaßt, als was ich euch befehle!“

Die beiden Herren folgten; durch die Treppendöffnung fielen schon Funken herab, das Dach war durchgebrannt. Aber auch Caspar kam bereits mit anderen Helfern zurück: das neue Unglück war, da draußen der erlöschende Brand nicht mehr alle Aufmerksamkeit fesselte, durch den gewaltigen Rauch in dieser abgelegenen Gegend schnell genug verraten worden und Caspar fand die Leute schon unterwegs. Es stand beim Pfarrhause nur leider entsetzlichen schlimmer als anderwärts, denn das Sewasser ließ sich in ausreichendem Maße nicht schnell herbeischaffen, und der kleine Teich auf dem Hofe und die paar Brunnen in der Nachbarschaft erschöpften sich bald. Dazu mochte das Haus im Ganzen freilich etwas solider gebaut sein als die übrigen Dorfgebäude, allein von einem großen Widerstande gegen die Gewalt des Elements war dennoch keine Rede, und die Rettenden mußten alsbald die durchflaminten Räume verlassen, ohne viel geleistet zu haben. Es war ein wahres Glück, daß die vorzügliche Pfarrfrau den wertvollsten Teil der Habe schon beim ersten Ausbruch des Dorfbrandes auf einen sicheren Platz im Garten geschafft und, wie wir erfahren, bisher noch nicht wieder ergründet hatte. Und das Glück war um so größer, als sich zwischen den Helfenden, an denen bald kein Mangel war, viele fanden, welche von den bisherigen Anstrengungen so ermüdet waren, daß sie nicht mehr viel zu leisten vermochten. Ja, die Einheimischen waren noch lässiger als die Fremden: ein Mißtrauischer hätte beinahe auf den Verdacht kommen können, es fehle ihnen mehr noch der Wille als die Kraft zur Tätigkeit. — Die Kirche rettete man, wenn auch mit Mühe. (Fortsetzung folgt.)

Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der...  
...schriftlich angemeldet sind. Wer es unter...  
...eine solche Versammlung ohne die vorgeschriebene An...  
...berung zu veranstalten, ferner wer als Vorsitzender, Schrift...  
...führer oder in ähnlicher Stelle fungiert, oder als Redner...  
...auftritt, oder wer für solche Versammlungen die Versamm...  
...räume zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bis...  
...zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit...  
...Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Die gleiche...  
...Strafe trifft die Anmeldepflichtigen, Versammlungsleiter...  
...und Redner, wenn in einer nicht zur Erörterung öffentlicher...  
...Angelegenheiten bestimmten, nichtangemeldeten nichtöffent...  
...lichen Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert...  
...werden.

Dieser „Befehl“ bedeutet eigentlich die völlige Aufhebung des Versammlungsrechts. Der antisemitische Abg. Dr. Werner-Gießen hat diesen Befehl zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstage gemacht, in welcher der Reichskanzler gefragt wird, was er zu tun gedenke, „um einer solchen Behinderung des Gedankenaustausches entgegenzutreten in einer Zeit, wo deutscher Nachfrieden und internationaler Verkehr zur Aussprache stehen?“

Auch der Abg. G. e. l. - Mannheim beschwert sich über Beschränkung des Versammlungsrechts, und zwar führt er in seiner Anfrage aus:

„Nachdem mir selbst im August v. Js. die öffentliche Versichterstattung vor meinen Wählern über meine Stellung zur Friedensfrage durch eine das Recht der freien Meinungsäußerung in unerträglich Weise beschränkende Verfügung des Stells. Gen.-Komm. des XIV. Armeekorps in Karlsruhe unmöglich gemacht worden war — vergl. meine diesbezüglichen Ausführungen in der 70. Plenarsitzung des Reichstages vom 30. Oktober 1916 —, ist durch eine Verfügung des Großherz. Bezirksamts (Polizeidirektor) Mannheim vom 5. August 1917 die Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung in Städt. Hofgarten zu Mannheim, in der mein Reichstagskollege Scheideemann am 6. August über „Die politische Lage und die Friedensarbeit der Sozialdemokratie“ sprechen sollte, an die Bedingung geknüpft worden, daß „keine Diskussion stattfinden und Anfragen an den Redner unterbleiben“. Zur Begründung dieser Verfügung wird angeführt, daß „auswärtige Mitglieder der Unabhängigen Partei beabsichtigen, in der Volksversammlung Gegenreden zu halten“.

Unter Hinweis auf die wohl auch dem Herrn Reichskanzler bekannte Tatsache, daß im Verlauf der letzten Wochen in anderen Teilen des Reiches ähnliche Veranstaltungen zu Duzenden stattfanden, ohne daß die Polizeibehörden Anlaß zum Einschreiten dagegen nahmen oder für ihre Genehmigung einschränkende Bedingungen stellten, richte ich an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob er die vom Großh. Bezirksamt Mannheim gegenüber der Volksversammlung vom 6. ds. Mts. zur Anwendung gebrachten Grundzüge billigt, und, sofern dies — wie ich annehme — nicht der Fall ist, was er zu tun gedenkt, um auch im Großherzogtum Baden der Bevölkerung zu dem schon seit längerer Zeit freigegebenen Recht der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele zu verhelfen?

Die Nationalliberalen und die Reichstags-Mehrheit.  
Aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstages wird folgende Mitteilung bekannt gegeben:

„Im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben namentlich auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Innern, deren Lösung die Fühlungnahme innerhalb einer großen Mehrheit des Reichstages erfordert, ist die nationalliberale Fraktion bereit, sich an den internationalen Besprechungen zu beteiligen, unbeschadet der vollen Selbständigkeit ihrer Entscheidungen, insbesondere auf dem Gebiete der gegenwärtigen ausländischen Politik.“

Sachlich bedeutet der Entschluß der Nationalliberalen, daß sie in den Fragen der innerpolitischen Neuorientierung mit den Mehrheitsparteien zusammengehen wollen, während sie sich in der auswärtigen Politik nach wie vor ihre eigene Stellungnahme vorbehalten. Das entspricht genau dem, was während der Kanzlerskriege über die Haltung der Nationalliberalen zur Gesamtpolitik bekannt geworden ist. Über damals schon waren die Nationalliberalen bereit, sich den Mehrheitsparteien zur Förderung des innerpolitischen Fortschrittes anzuschließen, und ihre Haltung war hier in einigen Punkten, wie z. B. in der Frage der Parlamentarisierung, sogar erheblich unterschiedener als die des Zentrums. Das Zusammengehen schließt schließlich daran, daß das Hauptgewicht jener Aktion damals auf die außerpolitischen Fragen verlegt wurde und sich hier der Einfluß der Liberalen auf die nationalliberale Fraktion als zu hart erwies, als daß man sie zur Zustimmung zu der Friedensresolution des Reichstages hätte bewegen können.

Nun haben die Nationalliberalen befunden, daß sie keineswegs auf die Dauer geblieben sind, den Konterparven in der Regierungsgesellschaft zu leisten. Durch ihren Anschluß an die Parteien der Friedensresolution ist für die Durchsetzung des innerpolitischen Fortschrittes eine so große Mehrheit im Reichstage geschaffen, daß keine Regierung mit Aussicht auf Erfolg gegen sie antämpfen kann. Voraussetzung für Alledrings, damit etwas erreicht wird, daß diese Mehrheit aus sich selber die nötige Energie entwickelt und sich weder von der Regierung einschüchtern noch von halb- und wandelmütigen Elementen aufhalten läßt. Zweifellos werden gewisse Teile des Zentrums und auch der Nationalliberalen versuchen, einen heftigen Widerstand auszusprechen. Die Mehrheit aber muß sich bewußt sein, daß das Volk etwas ganz anderes von ihr erwartet, als Reformen und Konzessionen, und daß die Wählererschaft es als einen Bankrott ansehen würde, wenn eine so starke Mehrheit es nicht vermöge, dem politischen Fortschritt wirklich freie Bahn zu schaffen.

### Vierlei Kriegsnachrichten.

**Damenstrahlen gegen Holland.**  
Die niederländische Regierung hat den Bürgermeistern ein Fingerring zur Verbreitung geschickt, worin es heißt:  
„In der Zeit vom 27. März bis 5. Mai sind 29 Schiffe nach Amerika ausgefahren, um Brotgetreide zu holen. Diese kamen alle zurück. In der Zeit vom 25. Mai bis 1. Juni wurden zu gleichem Zweck 66 Schiffe entsandt. Von diesen sind bisher nur zwei zurückgekehrt. Die Rückkehr wird verzögert durch die Schwierigkeiten, die der Verladung des Getreides entgegengelegt werden. Der Außenminister hat sowohl in London als in Washington rasche Schritte gemacht, die Schwierigkeiten zu beheben. Auch die Niederländische Heeresleitung hat sich bemüht, die Freigabe von

Getreide zu erreichen, die für Niederland bestimmt sind. Bisher ohne Erfolg.“

Wegen dieser Sachlage, so heißt es weiter, haben die Regierungen ernstlich die erneute Bekürzung der Brotration erwogen. Nur die daraus sich ergebenden bedenklichen Folgen für die Volksernährung hätten die Regierung abgehalten, schon jetzt damit zu beginnen. Man wolle noch ein paar Wochen den Verlauf der Dinge abwarten. Inzwischen möge die Bevölkerung jedoch äußerst sparsam im Brotverbrauch sein. Besonders diejenigen Personen, die in der Lage sind, sich andere Nahrungsmittel kaufen zu können.

### Unter der Diktatur des Kriegspöbels.

Die Bostoner Sektion der Socialist Party veranstaltete eine große Friedenskundgebung, bei der 6000 Demonstranten, darunter viele Frauen, mit Musik und Fahnen durch die Straßen zogen. Im Zuge wurden Tafeln mit Inschriften mitgeführt, welche den „demokratischen Befreiungskrieg“ Amerika geißelten. Plötzlich wurde die Demonstration der Friedensfreunde von ein paar Duzend bewaffneter Soldaten und Matrosen angefallen, die die Fahnen zerrissen und den Zug zerstreuten. Die Ruhestörer führten dann das Bureau der Socialist Party und schleppten alles Material, Möbel wie Bücher auf die Straße, wo es verbrannt wurde. Die Zivilbevölkerung verhielt sich vollkommen ruhig, nur der bewaffnete Pöbel wüthete unter den Augen der Polizei, die in keiner Weise eingriff. „So leisten“, bemerkt dazu ein amerikanisches Blatt, „Soldaten und Polizei in Boston ihr Teil im Kriege, um die Demokratie zu sichern!“

### Die spanische Neutralität.

Ist der Entente ein Dorn im Auge. Sie möchten gar zu gerne auch dieses Land noch mit in den Strudel des Weltkrieges ziehen. In Lissabon aus Spanien eingegangene Meldungen lassen darauf schließen, daß Agenten und die Geranten der Entente mit Hochdruck arbeiten, um Spaniens Neutralität zu Fall zu bringen. Im Interesse Spaniens ist nur zu wünschen, daß dieser Plan scheitert.

### Gegen die herrschende Forderung.

Will die Schweizer Arbeiterschaft am 30. August durch ein-tägige Arbeitseinstellung und Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen demonstrieren.

### Aus der Partei.

Erhöhung der Parteibeiträge in Köln a. Rh.? Die Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und -Land beschloß, auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung den Antrag zu stellen, den Mitgliedsbeitrag von 10 auf 15 Pf. für die Woche zu erhöhen.

### Der Saar-Bergmann erwacht.

Aus Saarbrücken wird uns gemeldet:  
Der Saarbergmann findet endlich den Weg zu seiner Berufsorganisation. Auch die anderen Verbände machen sehr gute Fortschritte. Die Bergarbeiter-Verbände, die im Saar-Revier in Betracht kommen, arbeiten Hand in Hand. In allen Verbänden herrscht reges Leben wie nie zuvor. Nachfolgende Lohnvereinbarung wurde der königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken übermittelt:

Saarbrücken, den 18. August 1917.

In die königliche Bergwerksdirektion zu Saarbrücken.

Betrifft: Eingabe der Bergarbeiterorganisationen um

Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter.

Im Auftrage der im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands und im Verbands der Bergarbeiter Deutschlands organisierten Bergleute der Saargruben gestatten sich die unterzeichneten Vertreter der königlichen Bergwerksdirektion folgende Forderungen zu unterbreiten mit der Bitte, dieselbe baldigst und zwar in Rückwirkung vom 1. August ab berücksichtigen zu wollen:

1. Den Hauerdurchschnittslohn auf 10,50 Mk. (ohne Minderzettel) heben zu lassen.
2. Hauerlöhne unter 9,50 Mk. zukünftig nicht mehr auszus zahlen.
3. Die Löhne aller anderen Arbeiter unter und über Tage dementsprechend zu erhöhen.
4. Die Rentienempfänger so zu entschuldigen, daß sie mit Lohn und Rente zusammen den wirklichen Lohn der betreffenden Arbeiterklasse erreichen.

Es ist nicht nötig, diese berechtigten Forderungen näher zu begründen. Sie begründen sich von selbst durch die fortgesetzt steigende Teuerung der Lebensmittel und der anderen Bedarfsartikel, wie sie in jedem Arbeiterhaushalt gebraucht werden. Die Teuerung hat eine Höhe erreicht, die mit dem heutigen Lohne unserer Bergarbeiter nicht im Einklang steht. Wenn wir auch anerkennen, daß auf den Saargruben Lohnsteigerungen erfolgt sind, so steht doch fest, daß diese mit der Preissteigerung für Waren aller Art nicht Schritt gehalten haben. Die Preise für Seife, Schuhe, Grundbesitz, Wäsche, die für Materialien, wie sie die Bergarbeiter unter Tage benötigen, wie Geschosse und Zunder usw., sind ebenfalls mächtig gestiegen. Es ist Tatsache, daß Obst und Gemüse fünfmal so teuer sind wie in Friedenszeiten. Dadurch ist erklärlich, daß Not und Elend in vielen Bergarbeiterfamilien Eingang gefunden haben. Die Wirkungen der Untereinandergründungen machen sich nach vielen Seiten hin in schmerzlicher Weise bemerkbar. Die Leistung der Saarbergarbeiter wird durch diese Verhältnisse in Mitleidenhaftigkeit gezogen, was nicht im Interesse der Landesverteidigung liegt. Die Lohnverhältnisse sind unannehmbar geworden. Das ist nicht nur die Auffassung der organisierten, sondern aller Bergarbeiter, was sich aus der gegenwärtigen Stimmung am besten ergibt.

Aus den angegebenen Gründen ersuchen die unterzeichneten Organisationsvertreter königliche Bergwerksdirektion, die Erhöhung der Löhne wie gewünscht vorzunehmen. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter wie um deren Existenz.

In der Hoffnung, daß die Gründe auch von königlicher Bergwerksdirektion anerkannt und die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter erfüllt werden, zeichnen

- mit hochachtungsvollem Gruß auf:  
Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands: gez. Fritz Kuhn.
- Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands: gez. Ludwig Heiterich.

### Gewerkschaftsbewegung.

Der Kriegsjahr des Malerverbandes. Der Malerverband richtet zu Beginn des vierten Kriegsjahres an seine Mitglieder

einen Aufruf, weiter wie bisher gegen die Erwerbslosigkeit der Feinde und für einen baldigen Frieden zu wirken, dabei aber auch die Sorge für den Verband und die Interessen der Arbeiterklasse nicht zu vergessen. 29 000 Verbandsmitglieder leisten Kriegsdienst, trotzdem hat die Organisation noch großes leisten können. Die Teuerungszulagen betragen gegenwärtig im Durchschnitt 20 Pfennig für die Stunde, im Mindestmaß 15, im Höchstmaß 26 Pfennig. Für Unterstühtungen hat der Verband in den drei Kriegsjahren 650 000 Mk. aufgewendet, davon für Arbeitslosen- und Kriegsfamilien-Unterstützung je 200 000 Mk. Das Verbandsvermögen ist während dieser Kriegszeit um 100 000 Mk. — auf 826 000 Mk. gesunken. Mit den Unternehmern wurde eine weitgehende Gemeinschaftsarbeit zur Hebung des Malerberufs in die Wege geleitet, und die Verbandsleitung spricht die Erwartung aus, daß die unermüdlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern künftig frei von kleinlicher Streitigkeit von großzügigeren Auffassungen getragen werden.

Der schwedische Gewerkschaftskongress. Der von 400 Teilnehmern besuchte schwedische Gewerkschaftskongress wird von Lindquist geleitet. Der deutsche Delegierte Bauer wies in seiner Begrüßungsrede auf die langjährige Freundschaft und auf die gleiche Auffassung der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis hin. Dann gab Bauer einen Überblick über die Kriegsaufgaben, die Kriegseinflüsse und die Kriegsergebnisse der deutschen Gewerkschaften. Dabei erkannte er auch die Gewerkschaftsrechte beim staatlichen Hilfsdienst entsprechend an. Die deutschen Arbeiter verteidigen das Land ohne Chauvinismus und die große Volksmehrheit teilt die Friedensformel des russischen Sowjet. Die deutschen Arbeiter setzen auch immer für internationale Verständigung ein, die Gegenseite aber nicht. Die Fahrverweigerung beweist auch, wer an der Kriegsführung schuld sei. Weiter sagt Bauer, die Entente führt sich immer wieder ihre Völker auf mit der Ankündigung der Niederwerfung Deutschlands; die deutschen Arbeiter aber werden ungeachtet aller Opfer alles tun, diese Absicht zu vereiteln. Und wenn Lloyd George auf den Ententezweig im nächsten Jahr vertritt, so wird trotz neuen Massentodes und Elends das Resultat das gleiche sein, wie heute. Die Erkenntnis der Aussichtslosigkeit des Ententezieles verbreiten, heißt den Frieden vorbereiten. Bauer schloß in der Hoffnung, daß der Kriegswahnsinn bald abgeklafft werde durch die Verständigung und damit durch eine brüderlich vereinte Kulturarbeit der Arbeiter aller Völker. Der von Janson übersehten Rede folgte stürmischer Beifall. Der Kongress beschloß gegen eine Minderheit, zu protestieren gegen den weiteren Krieg und fordert die Arbeiter aller Welt auf, die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern zu besenden. Der Kongress lehnte weiter mit 178 gegen 103 Stimmen die beantragte Einladung der Linksozialisten ab.

Arbeiterwanderungen in Skandinavien. In Dänemark und besonders in Schweden ist die Arbeitslosigkeit in mehreren Industriezweigen durch Mangel an Rohstoffen und Teuerung stark im Rückgang. Sinegen herrscht in Norwegen ein allgemeiner Mangel an männlicher und weiblicher Arbeitskraft auf fast allen Gebieten, besonders in der Eisen- und Bauindustrie. Infolgedessen findet eine bedeutende Einwanderung ausländischer, besonders schwedischer Arbeiter nach Norwegen statt. So sind gegenwärtig unter den Arbeitssuchenden in den handwerklichen Berufen 30 Proz. Schweden, unter den Seelenten 40 Proz., unter den Land- und Waldarbeitern 60 Proz. und bei den ungelernen Arbeitssuchenden 20 Proz. aus Schweden.

Das fehlt gerade nach! Auf der bereits gestern erwähnten sogenannten internationalen Seemannskonferenz in London wurde auch einstimmig beschloffen, vor Ende d. J. eine internationale Seemannskonferenz in Kopenhagen einzuberufen, bei der ein internationaler Zusammenschluß der Seeleute unter Ausschluß der deutschen Seeleute herbeigeführt werden soll. — Nach den Erfahrungen vor dem Kriege dürfte es dieser „internationalen“ Organisation an dem Notwendigsten fehlen, was bisher in fast allen Fällen die Deutschen in der Hauptsache geleistet haben, nämlich — a m G e l d !

### Aus Nah und Fern.

Ein Kiefernbrand in Norwegen. Seit Sonnabend abend wüthet in dem fjordstädtchen Molde in Norwegen südlich von Alesund ein Kiefernbrand. Er entstand in einer Gummiwarenfabrik und breitet sich von dort durch den herrschenden Sturm auf das Elektrizitätswerk aus. Diese beiden, sowie ein dreistöckiges Touristenhotel und einige große Geschäftshäuser brannten bis zum Grunde ab. Eine Menge Kolonialwaren und das ganze Lager der Gummiwarenfabrik wurden vernichtet. Die Telefonzentrale ist abgebrannt, auch alle Bäckereien der Stadt sind verbrannt, so daß kein Brot zu haben ist. Die Hotelgäste wurden im letzten Augenblick gerettet. Ein Reisender brach ein Bein. Fast alle büßten ihr Gedächtnis ein. Molde hatte gerade ein Wasserwerk erhalten, das jedoch noch nicht funktionierte, als die Feuerwerke es benutzen wollte. Der Schaden wird auf zwei Millionen Kronen veranschlagt. Die Stadt liegt jetzt vollkommen im Dunkeln, da weder das Gas noch Elektrizitätsanlagen brauchbar sind.

Die jüdische Gemeindeverwaltung Warschaws beschloß, die Leichen Verstorbener nicht mehr in Leinen, sondern in grauem Papier eingewickelt zu begraben.

Der tolle Heinz. Wir lesen im Bochumer Volksblatt: In Berlin erschienen in der Friedrichstraße in einem Juwelierladen mehrere Herren, die sich Schmuckstücke anschauten. Während einige von ihnen für etwa 2000 Mark kauften und gleich begahlten, gab einer als Zahlung einen Scheck auf die Spar- und Darlehnskasse des Landkreises Köln über 2500 Mark als Kaufpreis für zwei Brillantringe, eine silberne Tasche und eine Gelbbörse. Er nannte sich Freiherr Heinz von Berswordt-Wallrahe auf Rittergut Remnade bei Blankenstein i. W. Als der Geschäftsinhaber den Scheck zu Geld machen wollte, erfuhr er, daß der Herr Baron wohl seinen richtigen Namen angegeben hatte, daß er aber nicht das geringste auf der Bank besaß. Heinz von Berswordt-Wallrahe ist, wie unseren meisten Lesern bekannt sein dürfte, der einzige Sohn des königlichen Kammerherrn auf Haus Weimar. Er hatte seiner Familie durch seine tollen Streiche schon schweren Kummer bereitet und ist in größeren Betrugsaffären verwickelt gewesen. Vom Gericht ist er als geistig nicht normal freigesprochen worden. Er ist mit seiner Familie zerfallen und steht unter Entmündigung. Als man in seiner Wohnung in Berlin wegen des Scheckschwindels nach ihm suchte, war er spurlos verschwunden. Heinz bezieht von seinem Vater monatlich 300 Mark. Wofür das nötig ist, kann man sich nur erklären, wenn man den Lebenswandel des Menschen kennt. Der Vater hat ihm das schöne Schloßchen mit Landwirtschaft und Viehhaltung zur Bewirtschaftung überlassen. Ein nicht lüderlicher Landwirt könnte sich glänzend darauf ernähren. Heinz aber geht nur zu. Vor seiner Verheiratung bekam er monatlich 1600 Mark Taschengeld und es reichte nie. Durch schwindelhafte Manipulationen suchte er keine Gelüste zu bestreiten. Im vorigen Jahre war er zum Militär eingezogen. Er mußte aber bald wieder frei zu kommen. Seinen Vorgesetzten spielte er allerlei Possen und zum Gaudium der Kompanie lieferte er die buntesten Stücken, so daß man ihm schließlich laufen ließ. Ob der Mensch, der im Schwindeln und Operieren wirklich große Talente zeigt, tatsächlich so minderwertigen Geistes ist, als er sich manchmal gibt, ist eine Frage, die viele beschäftigen. Welchem armen Teufel wäre es wohl möglich, nach solchem Vorleben noch frei wie ein „Herr Baron“ herumzutrommeln.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.